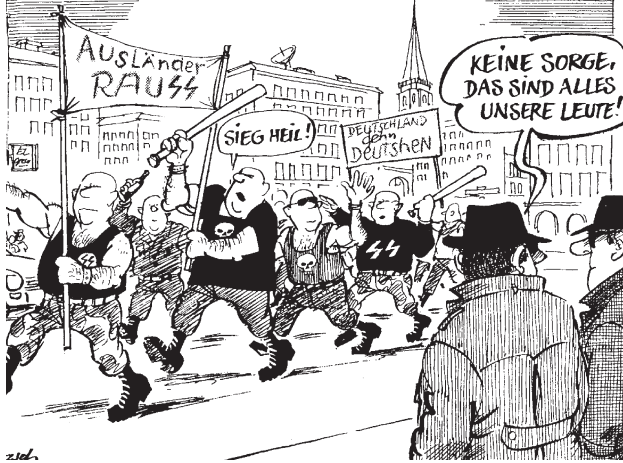


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**NPD-Verbot
vorerst geplatzt? 3**

**Stoiber als Außen-
politiker: ein Mann
kennt seine Grenzen
nicht 4**



**Naher Osten: Israelische
Strategie lässt Gewalt
eskalieren 8**



**Die rassistische Raster-
fahndung stoppen 12**

**IG Metall Bayern fordert
6,5%, mit sozialer Kom-
ponente bis 10% 15**



**Tarifinitiative für
studentische Hilfs-
kräfte gegründet 16**

**Zum Tode von
Pierre Bourdieu 18**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40 €), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 €, Sozialabo: 33,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

NEGATIVE STEUERN. Das Finanzministerium hat eine Meldung bestätigt, wonach im Jahr 2001 die Erstattungen von Körperschaftssteuern deren Eingang überschreiten und zwar um rund 424 Millionen Euro. Weniger finanztechnisch ausgedrückt: Die Großkonzerne kriegen inzwischen Steuern ausgezahlt! Aus Baden-Württemberg liegen noch genauere Zahlen vor: Demnach sank das gesamte Aufkommen aus Lohnsteuer trotz Steuerreform Anfang 2001 nur um 0,8 Prozent; die Körperschaftsteuer, die im Jahr 2000 noch 13% der Summe der Lohnsteuern ausmachte, ist jetzt bedeutungslos. Selbst die Raucher brachten allein in Württemberg dreimal soviel in die Staatskasse wie die Kapitalgesellschaften.

SOZIALHILFE. Am 28.1. fand eine Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zur Reform der Sozialhilfe statt. Hier aus dem Bericht von heute im Bundestag: Aus Sicht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) ist das wichtigste und vordringlichste arbeitsmarktpolitische Gesetzgebungsprojekt, die beiden für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen relevanten Transfersysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen. Der Verband geht davon aus, dass die allein geeignete Basis für ein solches Transfersystem die Sozialhilfe sei. Auf deutsch: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di hält es angesichts der ökonomischen Entwicklung für „beschämend“, jährlich über die Anpassung der Sozialhilfe zu diskutieren. Im Zentrum der Debatte stehe jene Gruppe der Sozialhilfebezieher, die erwerbsfähig sei. Von diesen 900.000 Personen übten bereits 16 Prozent eine Vollzeit- oder Teilzeitarbeit aus, gut 12 Prozent würden an Maßnahmen der Aus- oder Fortbildung teilnehmen und rund ein Drittel befinde sich in beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Damit übten knapp zwei Drittel dieses Kreises eine Beschäftigung aus oder befänden sich auf dem Wege der Integration in den Arbeitsmarkt.

Nach Überzeugung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat sich das nunmehr fast vierzig Jahre geltende Bundessozialhilfegesetz „durchaus bewährt“. Dies gelte insbesondere für den Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung. Die Hilfe zum Lebensunterhalt sei in den letzten drei Jahrzehnten allerdings überstrapaziert worden. Dies gelte insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik und den „unzureichenden Familienlastenausgleich“.

Auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern eine Reform der Sozialhilfe. Zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung müssten die Sozialhilfeleistungen weitgehend pauschaliert werden. Weiter tritt der Städtetag dafür ein, bedarfsdeckende Leistungen der Arbeitslosenversiche-

rung sicherzustellen, um ergänzende Leistungen der Sozialhilfe auszuschließen.

GRAFFITI. Der Bundesrat hat den Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes (14/8013) vorgelegt. Bisher konnte gegen Graffiti-Sprayer oft nicht vorgegangen werden, weil keine Sachbeschädigung vorlag (mit einfachen Mitteln zu beseitigen) oder die Sprüh- und Malfläche sowieso häßlicher Beton waren. Der Trick, auf den man unter Federführung Baden-Württembergs verfallen ist: Durch dieses Graffiti-Bekämpfungsgesetz soll ein neues Merkmal in das Strafbuch aufgenommen werden, und zwar die „nicht nur unerhebliche Veränderung des Erscheinungsbildes einer Sache gegen den Willen des Eigentümers oder sonst Berechtigten“. Es komme nicht darauf an, ob eine Substanzverletzung vorliege und wie Dritte die Veränderung der Sache beurteilen, argumentiert der Bundesrat. Der Tatbestand der erheblichen Veränderung des Erscheinungsbildes solle auch dann erfüllt sein, wenn die Veränderung dem „ästhetischen Empfinden eines Beobachters“ unter Umständen mehr entgegenkomme als die ursprüngliche Gestaltung. Der Eigentümer oder Berechtigte müsse davor geschützt werden, dass ihm eine bestimmte Gestaltung der Sache aufgezwungen wird. Das Vorhaben werde zu gewissen Mehrbelastungen der Strafjustiz führen, heißt es in dem Entwurf.

HAIDER-FANS. Der tschechische Ministerpräsident Zeman hat in einem Interview mit dem österreichischen Magazin Profil darauf hingewiesen, dass die Benes-Dekrete gegen die Sudetendeutschen rechtmäßig seien. Zwar habe es nach dem Krieg auch Verbrechen gegenüber Sudetendeutschen gegeben, „aber vergessen Sie auch nicht, dass diese Sudetendeutschen vor dem Überfall Hitlers tschechoslowakische Staatsbürger waren. Nach dem tschechischen Recht haben viele von ihnen Landesverrat begangen, ein Verbrechen, das nach dem damaligen Recht durch die Todesstrafe geahndet wurde. Auch in Friedenszeiten. Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.“ Dass Haider schäumte, versteht sich. In der BRD wurde aber nicht etwa auf die Position Schröders 1999 verwiesen (Benes-Dekrete ein Problem der Vergangenheit). Die Reaktion von Außenminister Fischer unterschied sich nur wenig von der der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Eva Steinbach: „skandalös“ sagte diese, er werde im Februar nach Prag fahren, um Zeman klarzustellen, dass die Bundesregierung diese Position nicht akzeptiere.

So ist erreicht, was die Revanchisten in Österreich und der BRD wollen: Der EU-Beitritt der Tschechischen Republik wird wieder mit einer Aufhebung der Benes-Dekrete zusammen diskutiert.

NPD-Verbot vorerst geplatzt?

„Wie viele V-Männer die Rechtsextremen unterwandern, lässt sich nur errahnen. Experten sagen: Es könnten bis zu 100 Zuträger sein.“ (Tagesspiegel, 24.1.02)

Seitdem bekannt ist, dass Wolfgang Frenz, dessen antisemitische Positionen in den Verbotsanträgen zur NPD wichtiges Beweismaterial darstellen, seit 36 Jahren für den Verfassungsschutz tätig war, schlagen die Emotionen hoch. Das „Nationale Infotelefon“ jubelt bereits: „NPD-Verbot geplatzt“, die NPD veranstaltet eine Pressekonferenz, auf der sie verkündet, „die fatalistische Stimmung in den eigenen Reihen sei vorbei“ (FR 25.1.). Nachdem es, so Parteivorsitzender Voigt, deutlich schwieriger geworden sei, „als Nationaler politisch zu arbeiten“, sähen die eigenen Leute die Lage jetzt zuversichtlicher. NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt verkündet gegenüber dem „Tagesspiegel“: „Wir bekommen Glückwünsche von Kreisverbänden, die glauben schon, das ist jetzt der Sieg.“

Auch wenn diese Einschätzungen wahrscheinlich vorschnell sein dürften, wie es jetzt mit dem Verbotsverfahren weiter gehen wird, ist erst einmal offen. Das Ausfallen eines Zeugen, so der Verfas-



sungsrechtler Erhard Denninger in der FR vom 24.1., müsse keinen Einfluss auf das Verfahren haben. Aber Karlsruhe habe jetzt der Frage nachzugehen, ob der frühere Beschluss, das Verfahren zu eröffnen, im Wissen um die Vergangenheit dieser Auskunftsperson überhaupt gefallen wäre. Schließlich sei es aus rechtsstaatlichen Überlegungen „unmöglich, dass eine Verfahrenspartei einen Zeugen bezahlt“.

Wohl wahr! Die Tatsache, dass der V-Mann Frenz 36 Jahre lang nicht nur für den Verfassungsschutz NRW gespitzelt hat, sondern faktisch gleichzeitig die NPD von Anfang an mit aufgebaut hat, ist unglaublich.

Dass dieser Mann 1995 als Agent „abgeschaltet“ worden ist, löst das Problem überhaupt nicht. Die Ausführungen zum aggressiven Antisemitismus der NPD in den Verbotsanträgen von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beziehen sich maßgeblich auf diesen Wolfgang Frenz und auf Horst Mahler, und diese Beweismittel sind für den Erfolg des Verbotsverfahrens sehr wichtig. Sicher wird sich der Antisemitismus der NPD auch ohne Frenz-Zitate belegen lassen. Aber die Anklageschriften müssen jetzt noch einmal überprüft und vermutlich auch überarbeitet werden, auch darauf hin, ob weitere V-Leute zitiert wurden bzw. sich

Wer ist Wolfgang Frenz?

Der Heilpraktiker Wolfgang Frenz aus Solingen (Jahrgang 1936) war Mitbegründer der NPD, von 1977 bis 1999 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD NRW und zeitweise auch Beisitzer im NPD-Vorstand. Er war Mitglied der Redaktionsgemeinschaft *Deutsche Stimme* und Redakteur der NPD-Landespostille *Deutsche Zukunft*. 36 Jahre lang war Frenz Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Er erhielt monatlich zwischen 600 bis 800 DM, die er angeblich der Partei spendete. In seinem im Frühjahr 1998 erschienenen Buch „Über den Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden“, redet Frenz Klartext:

„Auschwitz ist für die Juden der ganzen Welt ein religiöser und politischer Angelpunkt geworden. ... Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, müsste es für die Juden von heute erfunden werden. Denn Auschwitz ist die Machtergreifung durch das vernetzte Judentum.“ (S.18)

„Hitler mit seinem Antisemitismus war genau gesehen ein Glücksfall für die Juden. Aus diesem hitlerischen Antisemitismus entstand die euphorisch stim-

mende semitische Massenhysterie, die zur Gründung des Staates Israel führte, dessen nationalistischer Größenwahn bisher die Welt in Atem hält. So war nach Verständnis vieler Juden der letzte Weltkrieg ein Religions- und Rassenkrieg. Es ging darum, die arisch-nordische Rasse zu vernichten, die noch über die Kraft verfügte, sich gegen eine Weltherrschaft durch Juden zu wehren.“

Auf Seite 18f. heißt es: „Dass deutsche Revisionisten mit geschichtlichem Wissen und naturwissenschaftlichen Forschungen Deutschland vom Schuldvorwurf befreien wollen, an den Juden einen Genozid verübt zu haben, darf nicht sein. Sie werden von denen mit rattenhafter Wut verfolgt, die von der Schuldhaftigkeit des deutschen Volkes Vorteile haben. Auschwitz ist für die Juden der ganzen Welt ein religiöser und politischer Angelpunkt geworden. (...) Auf Auschwitz gründet alles. Es ist die tönerne Säule, auf der die Fundamente der Bundesrepublik Deutschland ruhen. Fällt Auschwitz, stürzt auch das gegenwärtige politische System.“

Und weiter schreibt Frenz a.a.O. auf Seite 64: „Wer diese Relativierung der Geschichte des Dritten Reiches verbie-

tet, aber die einseitige Bewältigung zu Lasten Deutschlands verlangt, der will uns als Volk umbringen, denn relativieren heißt, etwas in Beziehung setzen und in einen Gesamtzusammenhang stellen. Darum zerstört und tötet unsere Seelen, wer die Relativierung von Auschwitz verhindert und unter Strafe stellt.“

Und weiter auf Seite 89: „Den Berichten, wonach es in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches, die eine innere jüdische Lagerverfassung und jüdische Lagerpolizei hatten, reges geistiges Leben mit Lageruniversität, Bibliotheken, Musik und Theateraufführungen, sportliche Betätigungen und ein erotisches Nachleben gab, kommt eine größere Wahrheit zu, als den Berichten über Massengräber, die das Andenken der in den Lagern verstorbenen Internierten ebenso schänden, wie das der deutschen Soldaten, die das Unglück hatten, diese Menschen bewachen zu müssen.“

Das rassistische Machwerk kulminiert in der Schlussfolgerung: „Man braucht eine regenerierte weiße Rasse und neue Führer, um Europa im alten Glanz wieder herstellen zu können.“ (S. 67) (alle Zitate nach PM Antifaschistische Initiative Wuppertal)

NPD-Verbotsverfahren weiterführen, Einsatz von V-Leuten restlos aufklären

Zur Debatte um den V-Leute-Skandal im NPD-Verbotsverfahren erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Der Einsatz von V-Leuten der Verfassungsschutzämter in der NPD muss restlos aufgedeckt werden. Das ist die unverzichtbare Konsequenz aus dem V-Leute-Skandal. Genauso klar ist auch: Das Verbotsverfahren gegen die NPD muss weitergehen.

Hier darf auch keine Scheinheiligkeit einreißen. Ich erinnere daran: Im Vorfeld des Verbotsverfahrens hatten der bayerische Innenminister Beckstein und andere CDU/CSU-Politiker sogar öffentlich verlangt, V-Leute und deren Material in das Verfahren einzubringen. Schily und SPD-Abgeordnete überlegten damals, dafür das G-10-Gesetz zu ändern. Am Ende wurde die Forderung verworfen, eine „Lex-NPD“ sollte es nicht geben.

Ich hatte damals erklärt, dass ich die Verwendung solch dubioser Zeugen strikt ablehne.

Diese Gestalten und ihr Material sind auch überflüssig. Die vielen Todesopfer der Neonazis, ihre Gewalt gegen Flücht-

linge, MigrantInnen, Obdachlose und andere und das bekannte Propagandamaterial der NPD sind Beweis genug für den Antisemitismus und Rassismus dieser Partei, für ihre Gewalttätigkeit und Verfassungsfeindlichkeit.

Die Klageschriften für Karlsruhe müssen jetzt überarbeitet, die Passagen, die sich auf V-Leute und deren Taten und Aussagen beziehen, entfernt werden. Dann kann das Verfahren weiter gehen.

Vollständig klar ist aber, dass Art und Ausmaß des V-Leute-Einsatzes gegen Neonazis restlos aufgeklärt werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht muss eine komplette Liste dieser Spitzel bekommen. Auch die Öffentlichkeit hat Anspruch auf Aufklärung. Ich habe deshalb heute eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung eingereicht.

Für mich ergeben sich aus dem Skandal der letzten Tage jetzt vor allem zwei Lehren.

Erstens: die Verfassungsschutzämter dieser Republik sind offensichtlich über V-Leute tief in die braune Szene verstrickt. Das allein ist schon ungeheuerlich.

Zweitens: den Geheimdiensten muss das Instrument der V-Leute für die Zukunft per Gesetz untersagt werden.

Die Kumpanei deutscher Geheimdienste mit Neonazis muss aufhören.

hinter den Zeugen verbergen. Denn noch ist nicht klar, ob es sich nur um den einen „Zeugen“-Spitzel handelt. Die Gerüchte darüber, dass weitere Personen auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes standen, reißen nicht ab. Sowohl der NPD-Schatzmeister Erwin Kemna als auch der NPD-Landesvorsitzende Udo Holtmann werden als weitere V-Leute gehandelt, ohne dass klare Dementis von Seiten des Innenministeriums oder der Verfassungsschutzbehörde erfolgen. Bei der aktuellen Stunde im Bundestag blieb Schily Antworten auf Fragen zu diesem Thema schuldig.

Des öfteren sind in den letzten Jahren V-Mann-Tätigkeiten aufgedeckt worden, darauf wies die Abgeordnete Petra Pau (PDS) in der Debatte hin. Sie fragte: „Herr Schily, können Sie ausschließen, dass Aussagen von Tino Brandt, Carsten Czepanski, Michael G. oder Michael Meier in den Verbotsantrag eingeflossen sind?“

Hinzuzufügen wäre noch Thomas Diemel (Weimar), der ebenso wie Tino Brandt seine rechtsextremen Aktivitäten mit Honoraren finanzierte, die der Thüringer Verfassungsschutz zahlte.

Und nicht vergessen ist auch die Verstrickung des NRW-Verfassungsschutzes in den Aufbau der Solinger Neonaziszene. Hier hatte der Agent Bernd Schmitt aus Solingen als „Karatelehrer“ unter den Augen des Wuppertaler Staatsschutzes und im Auftrag des Verfassungsschutzes eine Karateschule für Neonazis aus der Region aufgebaut, in der die Solinger Jungnazis „kanakenfreies Spezi-

Ziel des NPD-Verbots weiter verfolgen!

„Die NPD ist eine antisemitische, eine aggressive, hetzerische, gewalttätige, verfassungsfeindliche Partei, die verboten gehört. Das sind wir den über einhundert Todesopfern der Neonazis, den Opfern von Mölln, Rostock, Hoyerswerda, den vielen anderen Verletzten, den zum Teil für ihr ganzes verbleibendes Leben gezeichneten Opfern der braunen Gewalt, aber auch der deutschen und internationalen Öffentlichkeit schuldig“, sagte Ulla Jelpke in ihrer Rede während der aktuellen Stunde des Bundestags.

Ein Rückzug aus Karlsruhe wäre das falsche Signal. Statt auf fragwürdige Spitzel sollte das Gericht sich bei seiner Zeugenbefragung auf die Opfer und die vielen engagierten Experten stützen, die seit Jahren im Kampf gegen Rechts genug Informationen zusammengetragen haben, um die nazistische, rassistische und antisemitische Politik dieser Partei nachzuweisen.

Neonazis werden sich jetzt ermutigt fühlen, noch frecher zu agieren, das wird wahrscheinlich schon am 2.2. in Bielefeld zu sehen sein. Antifaschistische Gegenaktionen und Aufklärungsarbeit sind wichtiger denn je, denn der „Aufstand der Anständigen“ – der hat sich gründlich disqualifiziert. u.b.

Der CSU-Matador greift nach der Richtlinienkompetenz

Stoiber als Außenpolitiker: ein Mann kennt seine Grenzen nicht

Falls die Weltkonjunktur den jetzigen Kanzler Schröder nicht rettet und solange nicht klar gemacht werden kann, was es mit einem Kanzler Stoiber auf sich hat, besteht die reale Gefahr eines Sieges der Union, geführt durch diesen Kandidaten. Der Kanzler hat die Richtlinienkompetenz. Sein persönlicher Einfluss auf den Gang der Dinge ist enorm, solange er nicht die Mehrheit im Parlament verliert. Zur Beurteilung einer politischen Person ist das Geflecht der Praktiken und Ideen beachtlich, in denen sie geworden ist, was sie geworden ist. Stoiber ist ein Produkt der bayerischen Politik. Bayerische Politik hält sich für mehr als bloße Landespolitik; unbestritten soll bleiben, dass sie etwas anderes ist. Stoiber, der bislang aus seinem bayerischen Horst, prosaisch Nest, nicht herausgekommen ist, ist durch spezifische Politikansätze vorgeprägt, die zwei spezifischen Zielen dienen. Solche Ziele sind zum Beispiel: Die nach dem Krieg nach Bayern verschlagenen Vertriebenen und Flüchtlinge müssen an die CSU gebunden werden. Neben der CSU darf es keinerlei Platz für eine Rechtspartei geben. Bayern muss der Rüstungsindustrie einen vorzüglichen Standort bieten. Diese Liste ließe sich ellenlang verlängern, sie führt dazu, dass das Auftreten von CSU-Politikern im Bund immer vom Anschein des Befremdlichen begleitet wird. Würde Stoiber Kanzler, würde aus diesem Befremdlichen etwas Bestimmendes. Dafür sorgt die Richtlinienkompetenz.

Im Flachland der symbolischen Politik

Als in Österreich ein Wahlergebnis zustande kam, das eine Beteiligung der Haider-Partei ermöglichte, trat Stoiber noch am Wahlabend per Fernsehen für eine solche Koalition ein. Man kann wohl sagen, dass dieser Zuspruch, der in der Folgezeit mehrfach bekräftigt wurde, dazu beigetragen hat, die Isolationspolitik der EU angesichts der Haider-Gefahr aufzuweichen. Der österreichische Bundeskanzler Schüssel bedankte sich für diesen Dienst vor dem CSU-Parteitag mit Zittern in der Stimme: „Das wird nicht vergessen werden.“ In unserer alpenländischen Idiomatik bedeutet ein solcher Ausruf, dass die Geehrten eine ähnlich schmutzige Gegenleistung abrufen dürfen.

Als in Italien Berlusconi an die Macht kam, vereinbarte Stoiber, anlässlich eines Treffens mit Berlusconi bei einem Fußballspiel, sogleich einen Besuch auf dem nächsten Parteitag der CSU, der ausge-



rechnet in Nürnberg stattfand. Dagegen rührten sich allerdings antifaschistische Proteste innerhalb des Freistaats. Es hätte sein können, dass über diese Sorte Bezüge eine breit geführte Diskussion losbricht. Dann stürzte in Italien ein Flugzeug ab, und Berlusconi sagte ab, weil er zur Beerdigung müsse.

Auch den jährlichen Sudetendeutschen Tag pflegt Stoiber mit seiner Anwesenheit zu weihen, immer eine Gelegenheit für eine programmatische Rede.

Auf der Höhe der Forderungen

Ein Spezifikum bayerischer Politik ist das Fordern. Selbst die heute tourismusfördernden Kitschburgen konnte der Märchenkönig Ludwig II. nur errichten, weil er sich seine königliche Geneigtheit zur Eingliederung Bayerns durch Bismarck in das 2. Reich adäquat bezahlen ließ. Zynisch ließe sich sagen, dass das darauf folgende 3. Reich zu großen Teilen ein Geschenk Bayerns an das Reich gewesen ist. Sicher ist indessen, dass noch einmal später, nach 1945, für die Entwicklung Bayerns von einem Agrar- zu einem Industrieland in der Bundesrepublik ganz erhebliche Bundeszuschüsse gefordert und gezahlt wurden. So gilt dann in der bayerischen Politik das dreiste Fordern nicht als verächtlich oder lächerlich; eine nicht unerhebliche soziokulturelle Randbedingung für das Auftreten der CSU in der Außenpolitik.

Gegenüber dem tschechischen Nachbarland tritt die CSU, gleich durch wen sie repräsentiert wird, im Gehabe des Forderns auf. Und hier wird es gefährlich. Im innenpolitischen System gibt es nämlich wenigstens die Chance eines zivilen Verlaufs. Forderung und Gegenforderung treffen sich auf dem Feld der öffentlichen Meinung. Am Ende kann durch Wahlen und Abstimmungen oder vielleicht durch ein Gerichtsurteil entschieden werden.

Anders liegen die Dinge in der Außenpolitik. Der rechtliche Rahmen ist trotz vorhandener internationaler Organisationen sehr schwach. Von einer öffentlichen Weltmeinung zu reden ist dank weltumspannender Medien möglich, aber tatsächlich trennen die Kulturschranken die internationale Diskussion, so dass es ein enormer Aufwand ist, Fragen in der öffentlichen Meinung verschiedener Länder gleichzeitig und sachlich zusammenhängend zu klären.

Unter solchen Bedingungen ist es eine unumgängliche Forderung an zivile Außenpolitik, sich die Situation des

Gegenübers verständlich zu machen. Und genau diesen Schritt geht die CSU nicht, und wo er getan wird, geht sie ihn nicht mit.

In den offiziellen deutsch-tschechischen Beziehungen der letzten Jahre hat sich unter der Hand ein Konsens herausgebildet, schwierige Punkte aus der Geschichte auf dem Wege von Historikerkommissionen oder sonstigen Begegnungen zu bearbeiten, aber nicht mit dem Ziel, daraus aktuelle Politik zu legitimieren. Dazu gäbe es schon eine Alternative. Man könnte den Weg gehen, die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei aufzuarbeiten, könnte daraus Folgerungen für die deutsche Außenpolitik ziehen, und man könnte sogar internationale Rechtsgrundsätze formulieren, die einen Vorgang wie den Münchner Vertrag ächten. Aber diesen Weg hat auch die rot-grüne Regierung nicht beschritten. Man muss sich darüber klar sein, dass ein Kanzler Stoiber sich mit dem jetzt bestehenden Diskussionsstand nicht zufrieden geben kann.

Die aktuelle Position, d.h. die immer wieder unterstrichene Forderung der CSU an die tschechische Republik, die Beneš-

Originalton CSU

<http://www.csu.de/udv/Veranstaltungen/st2001/zitate2001.htm>

Fast uneingeschränkt war der Gleichklang der Reden beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg. Aber auch die Ausnahmen unterstrichen den Ernst dessen, worum es ging. Zitate:

Edmund Stoiber (CSU)

- „Am besten wäre es, die Tschechische Republik würde sich von völkerrechtswidrigen Gesetzen und Dekreten verbindlich trennen.“
- „Niemand will den Tschechen Schwierigkeiten machen, aber man muss sich seiner Geschichte stellen.“
- „Der Umgang der rot-grünen Bundesregierung mit Österreich ist skandalös. Man hat das Nachbarland unfairerweise der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt, schweigt aber zugleich zu den völkerrechtswidrigen Benes-Dekreten. Das ist doppelbödig und unredlich. So macht man sich unglaubwürdig.“
- „Es ist nicht unbillig, wenn auch die europäische Rechtsgemeinschaft konkrete Erwartungen an die Beitrittskandidaten hat.“

Wolfgang Schäussel (ÖVP), Österreichischer Bundeskanzler

- „Unrecht verjährt nicht.“
- „Spätestens zum EU-Beitritt Prags werden die Benes-Dekrete der Vergangenheit angehören müssen. Darum bemühen wir uns.“

Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD), Innenstaatssekretärin

- „Der Beitrittsprozess soll nicht mit politischen oder rechtlichen Fragen aus der Vergangenheit belastet werden.“

Dekrete aufzuheben, beruht auf der Kontinuität staatspolitischer Annahmen, die exotisch, aber nicht ungefährlich sind. Im Zentrum dieser Annahmen steht die Annahme der Rechtsgültigkeit des Münchner Vertrages. Nur dann nämlich, wenn es die Rechtspflicht der Tschechoslowakei war, Staatsgebiete an das fordernde deutsche Reich abzutreten, erscheint die Ausweisung der Sudetendeutschen, die es mitbetrieben und besiegelt hatten, als rechtloser Akt.

Wenn die CSU, so wie sie es tut, die voraussetzungslose Aufhebung der Beneš-Dekrete abfordert, geht es dabei nicht nur um Geschichte und Vergangenheit. Es geht auch um die Zukunft.

Die Kultivierung der Niedertracht

Wie bekannt, hat der Zerfall der realsozialistischen Staatswirtschaft zu einer Situation geführt, in der die im Ausland ansässige Wirtschaft sich durch Investitionen einen lenkenden Einfluss auf die tschechische Wirtschaft sichern konnte. Besonders die Rolle der deutschen Wirtschaft ist enorm. In Tschechien stellt sich deswegen ein Demokratieproblem der Moderne: Wie kann sich der Anspruch demokratischer Selbstgestaltung gegenüber solch großen, weltweit wirkenden Kräften entwickeln? Es ist bekannt, dass die Weltorganisationen der Wirtschaft daran arbeiten, die Möglichkeiten der gesetzgebenden Einrichtungen der Länder so einzuschränken, dass die Bewegungsfreiheit der Investoren grenzenlos wird (man erinnere sich an die Auseinandersetzung um das M.A.I.).

Die Aufhebung der Beneš-Dekrete wird von der CSU stets im Zusammenhang mit Forderungen nach privilegierten Niederlassungsrechten von Menschen sudetendeutscher Herkunft in der Tschechischen Republik propagiert. Es geht darum, den Unternehmen, die schon expandiert haben, Stammpersonal mit Rückhalt beim deutschen Staat zu sichern.

Die ohnehin schon problematische Entrechtung, die gegeben ist, wenn die Produktionsmittel eines Landes zu großen Teilen vom Ausland aus beherrscht werden, wird hier zu einem Kolonialkonzept gesteigert.

Stoiber und der nächste Sudetendeutsche Tag

Es ist völlig unklar, wie sich ein Kanzlerkandidat Stoiber aus dieser Legierung mit großdeutschen, imperialistischen Konzepten lösen soll, die in ihrem inneren Zusammenhang eigentlich nur von ausgewiesenen Nazis für gut gehalten werden. Wenn er es überhaupt will.

Ob er es muss, wird wohl davon abhängen, ob die Regierungspolitik, die diese Linie nicht fährt, den Kanzlerkandidaten gewähren lässt. Denn an dem Problem vorbeidrücken kann sich Stoiber nicht. Der Sudetendeutsche Tag ist immer an

Pfingsten. Da wird man dann schon sehen, ob der Kandidat sich von seinen extremistischen Forderungen und der Unkultur des dreisten Forderns absetzt – oder ob er einfach eins draufsetzt.

Martin Fochler, aus: DTN 36

Forschung an embryonalen Stammzellen

Tür geöffnet?

Am 30. Januar entscheidet der Bundestag über die Frage des Imports embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken (siehe auch: *Politische Berichte* 25/01, S. 3). Tags darauf befindet die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) über den Förderantrag des Bonner Neurowissenschaftlers Brüstle „Gewinnung und Transplantation neuraler Vorläuferzellen aus humanen embryonalen Stammzellen“. Brüstle will embryonale Stammzellen (ES-Zellen) aus Israel importieren. Wenige Tage vor der Parlamentsentscheidung wurde bekannt, dass der DFG inzwischen zwei weitere Förderanträge vorliegen, die allerdings erst noch geprüft werden müssten.

Die Bundestagsentscheidung führt so oder so zur Schließung einer Gesetzeslücke, die bisher besteht. Das Embryonenschutzgesetz lässt es nicht zu, ES-Zellen zu Forschungszwecken herzustellen (weil damit der Embryo unvermeidlich vernichtet wird), verbietet aber die Forschung und damit den Import nicht, wenngleich Import und Forschung bisher – bis auf zwei Ausnahmen – de facto blockiert waren. Im Kern geht es bei der Bundestagsentscheidung also um die Frage, ob die verbrauchende Embryonenforschung verboten oder das Tor aufgesperrt wird, und wenn ja, wie weit und unter welchen Bedingungen.

Zwei Tage vor der Abstimmung scheinen sich die Abgeordneten, nachdem zunächst noch von sieben Anträgen die Rede war, auf vier Anträge geeinigt zu haben, ziemlich quer durch alle Fraktionen. Die meiste Unterstützung von CDU/CSU- bis PDS-Abgeordneten finden ein Antrag, der den Import gänzlich verbietet, und ein Antrag, der die Einfuhr genehmigen, aber auf bereits existierende Stammzelllinien beschränken will. Eine Minderheitenposition in der CDU (u.a. Hintze, Pflüger, Geißler, Süßmuth, Schäuble) will darüber hinausgehend deutsche Forschung aus der Abhängigkeit von Stammzelllinien aus dem Ausland befreien, und die FDP-Fraktion tritt, wie es heißt geschlossen, für ein, die Schranken des Embryonenschutzgesetzes gegen die Gewinnung von Stammzellen durch Vernichtung „überzähliger Embryos“ niederzureißen.

Die Befürworter eingeschränkter Importes berufen sich einerseits darauf, dass der Import ja grundsätzlich verboten bliebe – andererseits solle deutschen Forschern zu Zugang zu den weltweit an einem Stichtag bestehenden Zelllinien

nicht verwehrt werden. Doch diese Argumentation verdeckt das eigentliche Problem, ob nämlich Embryonen, also vorpersonales menschliches Leben für Zwecke Dritter instrumentalisiert werden können soll oder nicht. Folgt der Bundestag dieser Argumentation, ist die Tür geöffnet. Dann werden auch die Einschränkungen über kurz oder lang weiter gelockert und schließlich aufgehoben werden, weil die erste Güterabwägung zu Gunsten von Forschung und Therapiehoffnung die nächste nach sich zieht und ein Grund zum nächsten führt. Schon „warnt“ die DFG-Vizepräsidentin Friedrich vor einem „Fiasko“, selbst wenn der Bundestag einem beschränkten Import zustimme. Es sei nämlich nicht auszuschließen, dass sich die zugelassenen Stammzelllinien für die Forschung als unbrauchbar erwiesen. „Es liegen noch sehr wenige Kenntnisse über diese Stammzellen vor“, so wörtlich. Das will die DFG-Vizepräsidentin aber nicht als Argument dafür verstanden wissen, dass die Entscheidung über Import von und Forschung an ES-Zellen aufgeschoben wird, sondern dafür, dass „die Wissenschaft“ nicht unnötig eingeschränkt wird. So hat die DFG selbst im letzten Jahr Schritt für Schritt ihre Position verschoben von der Unterstützung des Verbots der Forschung an ES-Zellen zur Forderung nach Herstellung „eigener“ Stammzelllinien aus in Deutschland vorhandenen „überzähligen Embryonen“.

Dabei spricht eigentlich vieles für ein Moratorium, nicht nur und nicht vorrangig die Tatsache, dass die wissenschaftlichen und medizinischen Zielsetzungen der Forschung an embryonalen Stammzellen bisher wenig präzise sind. Vor allem sind die Potenziale der Forschung an adulten Stammzellen, die vergleichbare ethische Probleme nicht aufwirft, längst nicht erschlossen.

Erst in den letzten Tagen wurde ein Patentantrag einer amerikanischen Wissenschaftlerin bekannt. Diese hat nach eigenen Aussagen adulte Stammzellen gewonnen, die ähnliche Eigenschaften aufweisen wie humane embryonale Stammzellen. Die Wissenschaftlerin isolierte aus 70 von 100 menschlichen Knochenmarksproben so genannte multipotente adulte Vorläuferzellen, die sich wie pluripotente embryonale Stammzellen unbegrenzt teilen und zu verschiedenen Gewebetypen differenzieren könnten. Außerdem könnten sie – im Gegensatz zu ES-Zellen – nicht zu Krebszellen entarten. Würden sich diese Forschungsergebnisse bestätigen, wären die bisherigen Annahmen, dass adulte Stammzellen nur über eine begrenzte Lebensdauer und ein eingeschränktes Entwicklungspotenzial verfügten, hinfällig. Das gesteht in einer ersten Stellungnahme auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu. Trotzdem hält sie in derselben Stellungnahme an der „Notwendigkeit der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen“ fest. scc

Kampagne „Kurdischsprachiges Lehren und Lernen“

In Istanbul hatten Studenten im November letzten Jahres die Kampagne „Kurdisch Lehren und Lernen“ gestartet. Mit Losungen wie „Muttersprache ist Existenzvoraussetzung“ und „Begrenzung unserer Sprache bedeutet Begrenzung unserer Welt“ reichten 200 Studenten beim Rektor der Istanbuler Universität ein Gesuch ein, Kurdisch als Wahlfach an der Universität einzuführen. Sie verwiesen auf die diversen Abkommen, wonach die Türkei den muttersprachlichen Unterricht zulassen müsste.

Die Kampagne weitete sich schnell auf die gesamte Türkei aus. An verschiedenen Hochschulen, Gymnasien und an Mittel- und Grundschulen schlossen sich Studenten, Schüler und Eltern an. In 17 Städten wurden im Januar an die 10.000 Anträge auf Unterricht in Kurdisch gestellt. Die Hadep und ihr Jugendverband organisierten landesweit Veranstaltungen zu Themen wie „Demokratie und kulturelle Rechte“, „Sprache, Muttersprache und muttersprachlicher Unterricht“, auf denen Künstler, Journalisten, Gewerkschafter von KESK, DISK und Türk-Is, Mitglieder der Anwaltskammer und des IHD sprachen. Die Diskussion griff auch auf das Parlament über. Der Anap-Abgeordnete von Diyarbakir, Erdogan, erklärte im Parlament, dass in der Türkei Gedankenfreiheit und muttersprachlicher Unterricht als Verbrechen verfolgt würden. „Solange wir nicht die notwendigen Schritte zum Thema Gedanken-, Glaubens- und Ausdrucksfreiheit unternehmen, handeln wir gegen die Kopenhagener Kriterien“, sagte er.

Dass die Kampagne an den staatlichen Grundfesten der Türkei rüttelt, wird an den Reaktionen deutlich. Als erstes ordnete Innenminister Yücelen an, dass Anträge auf Unterricht in Kurdisch als „Verstoß gegen die Verfassung“ zu verfolgen seien. In einer Anweisung an die Gouverneure und Gendarmerie-Kommandeure wertete er die Kampagne als „Aktion des zivilen Ungehorsams“, mit der die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die kurdische Identität stärken wolle. Justizminister Türk verwies in einem Schreiben auf Artikel 42 der türkischen Verfassung, in der es heißt: „An den Schulen darf türkischen Bürgern keine Sprache außer das Türkische als Muttersprache unterrichtet werden.“

An der Universität in Istanbul wurden Anfang Januar die 200 Initiatoren der Kampagne verhaftet. Gegen Studenten aus Istanbul, Izmir, Malatya, Van, Eskisehir und Ankara wurden Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. In Van wurden 800 demonstrierende Studenten von 2.000 Soldaten mit Panzerunterstützung überfallen. 526 Studenten wurden dabei fest-

genommen. In Adana wurden hundert Elternvertreter kurzfristig in Polizeigewahrsam genommen. Bisher kam es in Van, Hakkari, Siirt, Batman, Kars, Erzurum, Adana, Izmir und Istanbul zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Festnahmen.

Mittlerweile hat sich Van zu einem der Zentren der Kampagne entwickelt. Anfang Januar starteten die Schüler eine neue Aktionsform. Drei Tage in der Woche reden sie an den Schulen nur kurz. Gegen alle Repression haben sie bisher diese Aktion aufrecht erhalten. Letzte Woche organisierten sie dazu eine Demonstration unter der Parole „Wir fordern unsere Sprache“.

rub

Italien

Widerstand gegen die Einwanderungspolitik der Rechtsregierung

„Staatlicher Rassismus ist das schlimmste Verbrechen“ oder „Italien vergisst nicht: Außerhalb von Italien bist du arbeiten gegangen“. Das waren zwei der unzähligen Losungen einer Großdemonstration in Rom am 19. Januar. Über



150 000 Teilnehmer gingen gegen den „Gesetzesentwurf Bossi-Fini“ zum Thema Einwanderung auf die Straße, etwa die Hälfte davon Einwanderer, die andere Hälfte aus linken Parteien, Gewerkschaften, Globalisierungskritikern, katholischen Basisorganisationen und vielen anderen Organisationen und Vereinigungen. In den deutschen Medien spielte die Demonstration – ganz im Unterschied zu Berlusconi's Euro-Äußerungen – keine Rolle, obwohl es um eine wichtige Frage der politischen Entwicklung in Europa geht: Ausgerechnet die Rechtsaußen der italienischen Regierung, die Parteivorsitzenden von Lega Nord und Alleanza nazionale, die ihren Wahlkampf letztes Jahr vor allem gegen Einwanderer geführt hatten, wollen jetzt die Einwanderungspolitik gestalten.

Der Gesetzesentwurf sieht einen „Aufenthaltsvertrag“ für die Dauer eines Ar-

beitsverhältnisses vor. Während also große Teile der italienischen Wirtschaft Einwanderung fordern, würden die Einwanderer auf reine Arbeitskräfte ohne Staatsbürgerrechte reduziert. Dabei richten sich verschärfte bürokratische Prozeduren und Repression sowohl ge-



gen die nicht offiziell gemeldeten „Illegalen“ als auch gegen solche Einwanderer, die mit irgendwelchen Arbeiten in den letzten Jahren ihre Situation etwas stabilisieren konnten. Für die „Illegalen“ werden in diesem und vor allem in den nächsten Jahren stark ansteigende Ausweisungszahlen geplant. Aber auch die heute offiziell Gemeldeten sollen durch unerträgliche bürokratischen Schikanen aus der Legalität herausgedrängt und zu Kriminellen gemacht werden, mit denen kurzer Prozess gemacht werden kann. Besonders perfid: Die stark steigenden Kosten für den Repressionsapparat von Verwaltung, Lagern, Abschiebungen usw. sollen den „regulären“ Einwanderern auferlegt werden: Die seitherige Möglichkeit, sich bei einer Rückkehr in die Heimat Sozialversicherungsbeiträge rückerstatten zu lassen, soll abgeschafft werden, die Mittel daraus für die Repression zur Verfügung gestellt werden. Offensicht-

lich wollen die Rechten damit auch bei den beschäftigten Einwanderern, deren Lebensplanung damit über den Haufen geworfen werden kann, eine Torschlusspanik auslösen, damit diese von sich aus das Weite suchen. Alle Ansätze von Integration, von Kennenlernen, Zusammenhalt bei der Arbeit oder Nachbarschaft usw., die sich in den letzten Jahren neben den Konflikten auch herausgebildet haben, sollen dadurch offenkundig erschüttert werden.

Die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse sind bisher für die Rechten günstig. Die Frage ist: Kann der jetzt spürbar werdende Widerstand bei den Einwanderern, aber auch bei oppositionellen Kräften, Gewerkschaften usw. das rechte Lager auseinanderdividieren, so dass z.B. die katholischen Kräfte im Regierungslager auf Distanz gehen müssen?

rok

Politischer Feldzug der iranischen Justiz

Turbulente Parlaments-sitzung – Demokratie oder Kalifenstaat?

Von Kambiz Behbahani

„Karubi, Karubi Hemajatet mikunim“ – „Wir unterstützen dich, Karubi“, mit diesem Ruf hat die Mehrheit der iranischen Parlamentarier den Parlamentspräsidenten unterstützt, als dieser aus Protest gegen die Verhaftung eines Abgeordneten die Sitzung verließ. Karubi verließ das Parlament mit den Sätzen: „Ich habe alles versucht und bin zu keinem Ergebnis gekommen. Mir bleiben keine andere Möglichkeiten mehr.“ Zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik Iran hat damit ein amtierender Parlamentspräsident aus Protest gegen die Verhaftung eines Abgeordneten die Sitzung verlassen.

Der reformorientierte Karubi hatte sich für die sofortige Freilassung des Abgeordneten Hossein Loghmanian eingesetzt, den die konservative Justiz im vergangenen Monat inhaftiert hatte. Karubi hatte sich zuvor in einem Brief an Chef der Justiz gewendet und ihn um Freilassung Loghmanians gebeten. Nachdem das Gerücht verbreitet wurde, Karubi denke an Rücktritt, hatte der Chef der Justiz, Ayatollah Schahrudi, einen Brief an seinen Vorgesetzten, den religiösen Führer Ayatollah Ali Khamenei, geschrieben und ihn um Gnade für Loghmanian gebeten.

Kurz nachdem Karubi die Parlaments-sitzung verlassen hatte, erhielten die Parlamentarier einen kurz und bündig abgefassten Gnadenbrief von Ayatollah Khamenei: „Ich bin mit dem Gnadengesuch einverstanden und wünsche Ihnen, dem Parlament und den Parlamentariern Erfolg“. Loghmanian wurde nach 21 Tagen Haft aus dem Gefängnis entlassen. Teheran hatte damit eine nie da gewesene Aufregung erlebt. Abgeordnete begrüßten ihn mit Blumen am Gefängnistor und umarmten ihn jubelnd. Der demokratisch gewählte, reformorientierte Abgeordnete Hossein Loghmanian gehört zu der Revolutionären der ersten Stunde der islamischen Revolution im Iran. Er hatte im achtjährigen Krieg Iran-Irak sogar ein Bein verloren. Anlass für seine Verhaftung war eine Rede im Parlament gewesen, mit der für die fundamentalistischen Machthaber die „Grenze“ überschritten war. Er hatte darin den Machtmissbrauch der erzkonservativen Justiz und des „Wächterrats“ offen angegriffen und willkürliche Verbote der Presse angeprangert.

Diese Rede wurde als Beleidigung und Diffamierung des Islams und dessen Führer im Iran verstanden. Bereits im September war Loghmanian wegen seiner Kritik an der von Konservativen dominierten Justiz zu einem Jahr Haft verur-

teilt worden.

Am 25. 12. wurde er darauf hin festgenommen und in ein Teheraner Gefängnis verbracht. Ähnliche Ermittlungen laufen auch gegen andere Abgeordnete. Parlamentsangaben zufolge ermittelt die Justiz gegen mehr als 60 reformorientierte Abgeordnete. Drei Abgeordnete wurden bereits zu Haftstrafen verurteilt.

Die Inhaftierung von Loghmanian hatte daraufhin eine Protestwelle ausgelöst. Parlamentspräsident Mehdi Karubi erklärte, er werde den Vorsitz niederlegen, so lange der Abgeordnete im Gefängnis sitze. Bereits zuvor waren Dutzende Abgeordnete demonstrativ aus dem Parlament ausgezogen, um gegen die Inhaftierung zu protestieren.

Die reformerischen Kräfte im iranischen Parlament protestierten fast jeden Tag gegen die Inhaftierung ihres Kollegen. Die Entscheidung, Hussein Loghmanian ins Gefängnis zu bringen, sei einzig und allein aus politischen Gründen getroffen worden, sagte der Vizepräsident des Parlaments, Mohammed Reza Khatami. Khatami ist ein Bruder des Staatspräsidenten.

Die Justiz wird von den religiös-konservativen Kräften des Landes kontrolliert, die gegen eine Liberalisierung und Öffnung Irans sind. Den Chef der Gerichtsbehörden, Mahmud Haschemi-Schahrudi, hat der oberste Religionsführer Ayatollah Ali Khamenei ernannt.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung musste der aus dem Irak stammende Haschemi-Schahrudi sogar seinen persischen Ausweis und den Ort seiner Ausstellung öffentlich bekannt geben. Die Abgeordneten hatten seine iranische Identität in Frage gestellt und ihn als Feind der IranerInnen in Verruf gebracht. Schahrudi musste wegen seiner umstrittenen Staatsbürgerschaft sich fast eine Woche lang laute und peinliche Beleidigungen anhören. Islamische Oppositionelle und die Parlamentarier verlangten von ihm sogar einen Beweis, überhaupt ein Iraner zu sein. Mahmud Haschemi-Schahrudi war Gründer und später Sprecher des irakischen oppositionellen schiitischen „Obersten Rat der islamischen Revolution im Irak“ (al-majlis al-a la li al-thawra al islamiyafi al-Iraq) und hatte sich bis vor paar Jahren offiziell als Iraker ausgegeben.

Die Beobachter im Iran sehen in der Freilassung von Loghmanian eine neue Machtdemonstration des religiösen Führers Khamenei. Jeder weiß, dass weder die Justiz noch der Wächterrat ohne seine Zustimmung die Verfassung des Landes außer Kraft setzen können.

Nun bilden sich die Reformer ein, mit der Befreiung von Loghmanian einen Sieg errungen zu haben. Die konservativen iranischen Justizbehörden werden sicherlich eine Weile die anderen verurteilten Abgeordneten nicht ins Gefängnis werfen. Aber die Welle von Verschleppungen und Verhaftungen von Journalisten und Studenten bricht nicht ab.

Naher Osten

Israelische Strategie lässt Gewalt eskalieren

Vor Wochen schien es eine kurzen Augenblick, als könne eine Waffenruhe hergestellt und damit die Bedingung für Verhandlungen geschaffen werden. Aber dieser Schein trog von Anfang an. Israel, die US- und abgestuft die westeuropäischen Regierungen machen Arafat dafür verantwortlich. Die USA haben inzwischen erklärt, dass Arafat die Chance auf einen palästinensischen Staat vertan habe und weichen müsse. Die EU schließt sich diesem Standpunkt zwar nicht vorbehaltlos an, erklärte aber, ihre Haltung gegenüber Arafat „überdenken“ zu wollen.

Demgegenüber bewertet der israelische Friedensaktivist Uri Avnery die israelische Strategie gegenüber Arafat und den palästinensischen Autonomiebehörden sehr kritisch. Indem die israelische Regierung Arafat ultimativ aufgefordert habe, die Hamas- und Djihaad-Anführer unschädlich zu machen und ihre Institu-



tionen zu zerstören, habe sie Arafat in einen palästinensischen Bürgerkrieg treiben wollen. „Sharon erwartet, dass Hamas und Djihaad sich rächen und die Vertreter der Autonomiebehörde ermorden werden. Das gegenseitige Töten würde den palästinensischen Kampf beenden, vielleicht für immer.“ Avnery wirbt für Verständnis für Arafats Politik. Er erinnert daran, dass die britische Mandatsmacht kurz vor der Gründung Israels dieselbe Strategie gegenüber den jüdischen Organisationen verfolgt habe und dass Ben Gurion, der Führer der Palmah und spätere Ministerpräsident Israels, das gemacht habe, was jetzt Arafat macht: Er benutzte Diplomatie und Gewalt abwechselnd und in unterschiedlicher Dosierung und nutzte die Aktivitäten der damaligen jüdischen Untergrundorganisa-

tionen Irgun und Lehi für seine eigenen Zwecke. „Arafat tut genau dasselbe. Solange es Hoffnung gibt, einen Palästinenserstaat durch friedliche Mittel zu erreichen und eine Konfrontation mit den Amerikanern vermieden werden muss, verhindert er die Aktionen der ‚Dissidenten‘. Wenn diese Hoffnung schwindet, gibt er ihnen grünes Licht.“

Die palästinensische Bewegung wolle einen innerpalästinensischen Bürgerkrieg um jeden Preis vermeiden. Arafat „folgt einer alten arabischen Tradition: der ‚Ijmaa‘: Entscheidung durch allgemeines Einverständnis. (...) Das ist seine Art, die Gewalt zu beenden: Die Palästinenser werden nicht Selbstmord durch Bürgerkrieg begehen. Sie können nur überzeugt werden, den gewalttätigen Kampf zu beenden, wenn sie sehen, dass ihre nationale Existenz durch friedliche Mittel gesichert werden kann.“¹ So führt die Festsetzung Arafats durch die israelische Armee, erst recht seine mögliche Vertreibung oder gar Tötung, und so führen auch die Positionen der USA und der EU zu weiterer Eskalation der Gewalt, zu einer Welle verzweifelter und grauenvoller Selbstmordattentate palästinensischer Jugendlicher in israelischen Städten.

Aber es gibt auch ein hoffnungsvolles Zeichen inmitten der Eskalation der Gewalt: 52 Offiziere und Soldaten der israelischen Armee verweigerten in der vergangenen Woche den Armeedienst in den palästinensischen Autonomiegebieten. In ihrer Erklärung schreiben die Reservisten fast aller Waffengattungen: „Wir werden weiterhin in der Armee dienen, solange es sich um die Verteidigung des Staates Israel handelt. Wir werden jedoch nicht jenseits der grünen Linie kämpfen, um ein ganzes Volk zu unterdrücken, zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen.“ Wie viele Soldaten den Armeedienst seit Beginn der Indifada im Herbst 2000 verweigerten, ist nicht genau bekannt, es sind aber mindestens 200. Einige Dutzend der Verweigerer wurden hart verurteilt, vor allem die Mitglieder der religiösen Gemeinschaft der Drusen, die meist lange im Gefängnis landeten, andere wurden nach einigen Wochen Haft oft nach Israel versetzt oder aus der Armee entlassen. Nach Angaben der israelischen antimilitaristischen Bewegung New Profile ist die Verweigerung nur die Spitze eines Eisberges: Ihr zufolge leisten nur noch 44% aller israelischen Jugendlichen ihren dreijährigen Wehrdienst vollständig ab und nur noch eine kleine Minderheit den Dienst in der Reserve, in Israel immer noch Pflicht für alle Männer. Die Kriegsdienstverweigerung wertet New Profile als Botschaft insbesondere an die palästinensische Gesellschaft, dass es auch in Israel Kräfte gibt, die die Kooperation und friedliches Zusammenleben mit den Palästinensern wollen.²

scs

1 Uri Avnery, in: Ma'ariv, 5.1., Übers. akin/gek: <http://web.utat.net.at/labournet.austria/>

2 Sergei Sandler, KDV-Aktivist bei New Profile, <http://www.wri-irg.org/de/pfp01-de.htm>



Frankreich: Streikwelle im Gesundheitswesen

Am 21.1. nahm das Krankenhauspersonal in zahlreichen Krankenhäusern von Paris und anderen französischen Großstädten den Streik für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und die Einstellung von Personal auf; die neue Arbeitszeitregelung, so ihre Kritik, erhöhe den Zwang zu Überstunden, da nicht gleichzeitig neues Personal eingestellt wird. Am 22. protestierten die freiberuflichen Krankenschwestern auf einer Demonstration in Paris für die teilweise seit über einem Jahrzehnt ausgebliebene Anpassung ihrer Honoraransätze. Am 23. beteiligten sich ca. 75% der ca. 60.000 Hausärzte der Allgemeinmedizin am „Tag ohne Arzt“, d.h. an einem eintägigen Ausstand. Sie verlangen die Erhöhung ihres Honoraransatzes von jetzt 17,53 auf 20 Euro für eine einfache Konsultation und von 20,58 auf 30 Euro für einen Hausbesuch. Die Verhandlungen zwischen Ärzteverbänden und Kassen waren zwei Wochen zuvor gescheitert.

Schweizer Kampagne „Menschenrecht auf Entschädigung“

Mit neuen Belegen für die schweizerische Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes untermauert die Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika ihre Forderungen nach Schuldenstreichung und Entschädigung. Schweizer Banken haben von 1950 bis 1980 über vier Milliarden Schweizer Franken Kredite an Südafrika vergaben. Die Schweiz war damit viertwichtigster Geldgeber des Apartheidregimes. Dies ergab eine Stichprobenuntersuchung im Nationalarchiv von Pretoria. Demnach machte der Schweizer Anteil 11% der Auslandsanleihen des südafrikanischen Regimes aus. Wellen schlägt in der schweizerischen Öffentlichkeit, dass davon allein 2,1 Mrd. an den staatlichen Energiekonzern Eskom und damit direkt an das

Atomprogramm des Apartheidregimes gingen. Einer der Hauptlieferanten des Eskom war die damalige BBC AG (heute ABB). Für ihre Geschäfte übernahm die schweizerische Regierung Ausfallgarantien. Im Energiesektor werden diese Garantien auf 900 Mio. bis 1,5 Mrd. sfr geschätzt. Bei der Entwicklung des Atomprogramms in Südafrika trat die BBC AG als Unterlieferant französischer Firmen auf. 100 Tonnen uranhaltiges Material kamen laut US-Außenministerium bis 1982 aus der Schweiz und Belgien nach Südafrika. Die Schweiz unterlief mit der Unterstützung des Energieprogramms und im Bereich Waffensysteme systematisch die damals verhängten internationalen Sanktionen gegen das Apartheidregime. Diese Daten belegen erstmals die Verwicklung der schweizerischen Regierung in das Atomenergieprogramm des Apartheidregimes und schlagen in der schweizerischen Öffentlichkeit Wellen. Die Recherchiergruppe verlangt nun die Öffnung der schweizerischen Archive. Unterstützt werden soll so die südafrikanische Kampagne für die Streichung der „Apartheidschulden“ und Reparationszahlung an die Opfer der Menschenrechtsverletzungen in Südafrika. Gemeinsam mit der Aktion Finanzplatz Schweiz soll die Apartheidvergangenheit der Schweiz weiter untersucht werden. *rub*

Ungarn: Kapitalisten beklagen Lohnanstieg

Die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK) moniert angeblich rasch steigende Löhne in Ungarn. Auch nehme die „Verfügbarkeit“ qualifizierter Arbeitskräfte ab. Deshalb sei Ungarn im Begriff, den bisherigen „Standortvorteil“ zu verlieren, und sähen sich erste Investoren bereits nach lukrativeren Alternativen, etwa Bulgarien oder Rumänien, um. Die Löhne sind im letzten Jahr um 15% gestiegen, nach Bereinigung der Inflationsrate allerdings um nicht einmal 5%. Der monatliche Durchschnittslohn bei Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung liegt der Umfrage der DUIHK zufolge bei 530 Euro und damit anderthalb Mal so hoch wie die Durchschnittslöhne in Ungarn. Als einen der Gründe für diese Entwicklung nennt die DUIHK den zunehmenden Mangel an qualifizierten Facharbeitern; die Konkurrenz auf der Nachfrageseite treibe die Löhne nach oben.

Ungarn: Elend der Obdachlosen

Noch nie sind in Budapest, der Hauptstadt Ungarns, so viele Obdachlose erfroren wie in diesem Winter – bisher 50. Dabei befürchten Hilfsorganisationen, dass das Schlimmste noch bevorsteht und im Februar und März, wenn es kalt ist und die Menschen vom Winter geschwächt sind, noch sehr viel mehr Obdachlose sterben werden. Für die durchschnittlich

10.000 Obdachlosen in der Hauptstadt – im Laufe eines Jahres sind sogar 30.000 Menschen ohne Obdach und auf Hilfe angewiesen – stehen gerade 3.200 Plätze in Obdachlosenheimen zur Verfügung. Katastrophal ist vor allem die medizinische Versorgung. Rund 50% der Obdachlosen haben einen Job; ihr Lohn beträgt aber weniger als umgerechnet 120 Euro und reicht nicht aus, um eine Wohnung zu finanzieren. Die Hilfsorganisationen fordern deshalb die Einführung einer staatlichen Mietbeihilfe für Arme. Bisher bekommen nur einige wenige Familien einen Zuschuss von bis zu 25 Euro, oft aber nur im Winter oder nur alle paar Monate.

Ex-Milizenführer Hobeika getötet – Libanon verdächtigt Israel

Der libanesische Politiker, Geschäftsmann und ehemalige Milizenführer Hobeika wurde am 24.1. durch eine Autobombe getötet. Hobeika war Kommandant der Milizen, die 1982 unter den Augen der israelischen Armee in einem zwei Tage und zwei Nächte dauernden Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Chatila 800 palästinensische Flüchtlinge töteten (Bild). Der damalige israelische Verteidigungsminister und Verantwortliche für den israelischen Libanon-Feldzug, Sharon, musste die Verantwortung übernehmen und zurücktreten. Gegen ihn laufen in Belgien Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen, das Überleben der jener Massaker angestrengt haben und über dessen Eröffnung im März entschieden werden soll. Nach dem Attentat auf Hobeika gab ein belgischer Abgeordneter bekannt, er habe sich zwei Tage zuvor drei Stunden lang mit dem ehemaligen Milizenführer getroffen und dieser habe seine Bereitschaft erklärt, in Brüssel gegen Sharon auszusagen. Schon vor einigen Monaten hatte Hobeika getönt, er wolle in Brüssel wichtiges Beweismaterial vorlegen, das ihn selbst entlaste und die israelische Version über das Massaker völlig umwerfe. Die libanesische Regierung machte deshalb umgehend Israel für das Attentat verantwortlich. Israel bestritt die Verantwortung. Tatsächlich war Hobeika in so viele Verbrechen, Seitenwechsel und Auseinandersetzungen, z.B. mit konkurrierenden Milizenbanden, verwickelt, dass andere Auftraggeber nicht von vornherein auszuschließen sind. *Zusammenstellung: scc*



KÖLN. Am 17. Januar war es wieder so weit: Kardinal Meisner zelebrierte den „Soldatengottesdienst“ im Kölner Dom ausgerechnet anlässlich des „Weltfriedenstag 2002“. Und wie in jedem Jahr protestierte die Friedensbewegung. Sie hielt dem NATO-Soldaten-Volk, dem Prediger und den Passanten Transparente und Sandwiches entgegen (Bild). Es ergaben sich Diskussionen mit Soldaten. Dabei fiel auf, dass unter ihnen die US-Politik heftig kritisiert wird. Dennoch befürworten sie militärische Mittel zur Bekämpfung von Terror. Außerdem sei doch immerhin das Unrechts-Regime der Taliban beseitigt worden, „was die Friedensbewegung allein ja nicht geschafft hat!“ Es wurde deutlich, dass die Soldaten sich als Beschützer „westlicher Werte“ verstehen und sich darin durch den Gottesdienst bestätigt sehen. Umgekehrt würde es Sinn machen, wenn die christlichen Kirchen sich eindeutig für zivile Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung einsetzen würden. *Lokalber. Köln*



NATO-Sicherheitskonferenz muss Gegenöffentlichkeit ertragen

MÜNCHEN. Zunehmend gehen Innenminister Beckstein und Oberbürgermeister Ude gegen die wachsende Zahl der GegnerInnen vor, die am 2. und 3. Februar in München gegen das Treffen der Weltkriegselite protestieren wollen. Die PDS München erklärt dazu: „Aus unsere Sicht wäre es viel besser gewesen, wenn der Oberbürgermeister, statt sich einseitig als Maskottchen dieser Konferenz zu gebärden, auf die Kritik so eingegangen wäre, dass er auch die Kritiker begrüßt hätte. Schließlich werden auch sie nicht alle aus unserer Stadt kommen, wenngleich der Prozentsatz an Nicht-Münchnern sicherlich viel niedriger sein wird, als bei den Konferenzteilnehmern.“

Leider ist der OB als Chef der Verwaltung so weit gegangen, in die Gestaltungsräume von Sozial- und Kultureinrichtungen der Stadt maßregelnd einzugreifen. Die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte, die diese Arbeit tragen, sind aber darauf angewiesen, dass die Verwaltung ihre Integrität und ihre Urteilskraft respektiert. Hier kann der OB mit ein paar Rundschreiben viel zerstören. Die öffentliche Förderung von Projekten setzt nicht das Recht auf oberbürgermeisterliche Gängelung. So macht man Untertanen.

1992, anlässlich des Weltwirtschaftspfels, wählte die bayerische Staatsregierung, sie sei gehalten, den eingeladenen Führungskräften aus aller Welt die Stadt als störungsfreie Kulisse zu gewährleisten. Eine Protestkundgebung wurde polizeilich eingekesselt, Leute misshandelt und aufs Präsidium verbracht. Die Sache kam vor Gericht. Es ergab sich, dass der Staat nicht das Recht hat, Missfallenskundgebungen im öffentlichen Raum, z.B. Pfeifkonzerte, gewaltsam auszuschalten, um berühmten Leuten gefällig zu sein. Der Freistaat musste schließlich Schmerzensgeld zahlen.

Es ist richtig, dass die BRD damals

noch nicht an Kriegen beteiligt war und alle Welt davon ausging, das Grundgesetz schiebe dem einen Riegel vor. Es ist möglich, – wir hoffen es nicht! – dass die Gerichte heute anders urteilen würden. Einstweilen wäre es schön, wenn sich der Innenminister Beckstein an eine Rechtsprechung erinnern würde, die ihn in seinen politischen Neigungen stören mag, aber in seinen Amtspflichten binden sollte. Wir fordern, dass die geplanten Aufklärungs- und Protestaktionen von der Staatsregierung und von der Stadtverwaltung als integraler Bestandteil der Öffentlichkeit respektiert werden und angemessenen Raum zur Entfaltung erhalten, so dass in der Weltöffentlichkeit der Name der Stadt München sich nicht mit der Vorstellung widerspruchsfoller Hinnahme der Militarisierung der internationalen Beziehungen verbindet. München darf nicht Hauptstadt der „Kriegsführung“ werden.“ *PDS München*

Aktionen am 2.2. gegen Nazi-Aufmarsch bei Wehrmachtsausstellung

BIELEFELD. Seit dem 27. Januar wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ in Bielefeld gezeigt.



Die NPD und die Neonazis der „Freien Kameradschaften“ wollen am 2.2. (NPD) und 2.3. („Freie Kameradschaften“) dagegen aufmarschieren.

Die Polizei hat dem Bielefelder Bündnis gegen Faschismus und Rassismus sowie dem DGB zu verstehen gegeben, dass sie den Naziaufmarsch nötigenfalls auch mit Gewalt durchsetzen will. Parallel zu diesen Drohungen findet eine Desinformationskampagne statt, mit der die Polizei z.B. versucht, SchülerInnen durch Besuche im Unterricht gegen AntifaschistInnen einzunehmen, indem vor gewaltsamen Auseinandersetzungen die auf Demos drohten und einer „gewaltbereiten Szene“ gewarnt wird, die versuche die Schüler zu instrumentalisieren. Bewusst wird verschwiegen, dass die Polizei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit keineswegs den Naziaufmarsch gegen eine größere antifaschistische Demonstration durchsetzen muss. Zur Trennung von AntifaschistInnen und Nazis wäre nämlich die Möglichkeit, die Nazis unmittelbar zurück in ihren Sonderzug zu treiben, die sinnvollste Lösung.

Die Mobilisierung läuft in Bielefeld auf einer sehr breiten Ebene. Sowohl das „Bielefelder Bündnis gegen Faschismus und Rassismus“, dass die Antifagruppen der Region Ostwestfalen-Lippe umfasst, als auch das breite Bündnis um den DGB haben in diversen Zeitungsartikeln, Informationsveranstaltungen, Flugblattaktionen vor Schulen und in der City usw. für die Teilnahme an den Aktionen gegen den Naziaufmarsch am 02.02.2002 (und selbstverständlich auch schon gegen den von Worch am 02.03.2002) geworben.

people.freenet.de/buendnis/start.htm

Kranzniederlegung am Headquarter für die Opfer der Zivilisierten Welt

HEIDELBERG. Nach einer von einem Antikriegsbündnis verschiedener linker Gruppierungen organisierten Kundgebung in Rohrbach zogen am 26. Januar

knapp 100 KriegsgegnerInnen in einem kurzen Fußmarsch zum Headquarter der NATO-Streitkräfte in Heidelberg. An dessen Eingangsportal wurde nach mehreren Redebeiträgen ein Kranz niedergelegt, im Gedenken an die tagtäglichen Opfer der sog. Zivilisierten Welt. Am gleichen Eingang hatten nach den Anschlägen vom 11. September die Heidelberger BürgerInnen ihre Solidarität mit den US-Amerikanern durch Kranzniederlegungen, Blumen etc. bekundet. Bewusst wurde diese Stelle ausgewählt, um die gerne vergessenen oder gar nicht erst erwähnten Opfer zu benennen, wie zum Beispiel die zivilen Opfer in Jugoslawien und Afghanistan.

www.indymedia.de

Antimilitaristischer Konvoi von Berlin nach Potsdam

BERLIN. Nicht von ungefähr begann der Anti-Kriegs-Konvoi am 26. Januar vor dem SFB-Gebäude, dem Glas-Pavillon des Nachrichtensenders info-radio. Die Bedeutung der Massenmedien für die Vorbereitung, Durchführung und anschließende Aufarbeitung – oder Aufbereitung – von Kriegen war schon immer zentral. Nach einem ausführlichen Redebeitrag setzte sich der Konvoi aus zwei Bussen, einem Lautsprecher und 25 weiteren Fahrzeugen in Bewegung. Gut 100 Leute beteiligten sich hier bereits. Am Brandenburger Tor kam dann ein weiterer Stopp zum Thema Tatort Politik, danach ging es zum Tatort Wirtschaft an den Potsdamer Platz, wo eine Kundgebung mit ca. 100 Leuten wartete. Der folgende Weg durch die Innenstadt war recht auffallend und richtete ein ziemliches Verkehrschaos an. In Potsdam warteten weitere 100 Demonstranten. Nach einer längeren Kundgebung mit Straßentheater ging es dann nach Geltow zur Henning von Tresckow-Kaserne, in der das Einsatzführungskommando sitzt. Die ausführlichen Reden und weitere Dokumente sind zu lesen in der Homepage:

www.gegeninformationsbuero.de

Kommune-Info-Tour 2002

Die deutschlandweite Kommune-Info-Tour zieht in diesen Tagen an der Ostseeküste entlang und macht Station in 7 Städten. Kommunemitglieder aus verschiedenen Gemeinschaften berichten von ihren Erfahrungen, von Experimenten und von ihren Werten. Gemeinsam Wirtschaften, Perspektiven im Alter aufbauen oder bereits leben, Kinder nicht alleine erziehen – ein informativer Abend über Tops und Flops, über Freuden und Leiden einer anderen Lebensform. „Kommune“, der Begriff aus der 68er Bewegung stand ursprünglich für Rebellion gegen die bürgerliche Kleinfamilie. Jetzt verstehen sich Kommunen als Lebensgemeinschaften, die in Perspektive und Alltagsorganisation an Verbindlichkeit über den WG-Status hinausgehen. Das gängige Wirtschaftssystem wird in Frage ge-

stellt und häufig sorgt in den Kommunen eine gemeinsame Kasse für die Gleichbewertung der Arbeit. Das Konsumverhalten wird überdacht und an regionalen sowie globalen Erwägungen gemessen. Die folgenden Orte werden während der Info-Tour besucht:

3.2. Multikulturelles Centrum Templin, 4.2. Internationales Kultur- und Wohnprojekt Greifswald, 5.2. Median Rostock, 6.2. TIKO Wismar, 8.2. ALZ Lübeck, 9.2. Kulturzentrum Kiel, 10.2. kulturwerkstatt Kühlhaus Flensburg.

www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/kommunetour2002.html

Verbände, Gewerkschaften und Kirchen gegen Kochs Sozialhilfepläne

FRANKFURT A.M. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) will mit einer Bundesratsinitiative die Zahl der Sozialhilfeempfänger senken. Er stellte am 24. Januar in Berlin einen Gesetzentwurf vor, der den Bundesländern ermöglichen soll, neue Modelle auszuprobieren. Koch will in Hessen die Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach dem Vorbild des US-Bundesstaates Wisconsin zusammenführen. Vorgesehen sind eine Arbeits- oder Ausbildungspflicht für erwerbsfähige Hilfeempfänger, auch schärfere Sanktionen für Arbeitsunwillige und eingehende Beratung und Betreuung durch die Behörden. Widersprüche und Klagen der Hilfebezieher sollen nach dem Vorschlag Kochs keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisierte die Pläne Kochs als eine Mischung „aus falschen Fakten und heißer Luft“. Koch lasse im Umgang mit Sozialhilfebezieher ein Mindestmaß an rechtsstaatlichem Gefühl vermissen, erklärte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider in Frankfurt. Von 800.000 erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern bundesweit gingen bereits 400.000 Menschen einer Arbeit nach, benötigten wegen des niedrigen Lohns aber ergänzende Hilfen, argumentierte Schneider.

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, erklärte, das so genannte Wisconsin-Modell, das Koch in Hessen einführen wolle, habe in dem US-Bundesstaat dazu geführt, dass die Armut auch unter Erwerbstätigen zugenommen habe. Statt „Wahlkampfgetöse“ zu veranstalten, müssten den sozial Schwachen in Deutschland durch verstärkte öffentliche Investitionen neue Perspektiven eröffnet werden.

Das Diakonische Werk forderte eine Erhöhung der Sozialhilfeszätze um zehn Euro. Die Unterstützung müsse wieder ein tragfähiges Netz der sozialen Sicherung für alle 2,7 Millionen Hilfeberechtigten werden, erklärte Diakonie-Präsident Jürgen Gohde in Berlin. Er bekräftigte außerdem die Forderung, allen Familien mit geringem Einkommen einen Zuschlag auf das Kindergeld zu gewäh-

ren, so dass Eltern nicht wegen der Kosten für ihre Kinder Sozialhilfe beantragen müssten.

www.epd.de

Die PDS kandidiert in 4 bayerischen Städten bei den Kommunalwahlen

MÜNCHEN. Vier bayerische PDS-Gruppen haben die erste Hürde der Kommunalwahl erfolgreich genommen. In Augsburg, Eichstätt, München und Nürnberg erreichte die PDS die notwendigen UnterstützerInnenunterschriften. Damit tritt die Partei der sozialen Gerechtigkeit mit sehr guten Chancen zur Wahl am 3. März an. Hierzu erklärt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch: „Die PDS beginnt das Jahr 2002 so wie sie das Vorjahr beendet hat – mit kommunalpolitischen Erfolgen in Ost und West. Mit Burkhard Kleinert wurde gestern am späten Abend im Berliner Bezirk Pankow der 200. Bürgermeister mit PDS-Mandat gewählt ... Im Bundestagswahljahr wird sich der Kanzlerkandidat der Union in der bayerischen Landeshauptstadt daran gewöhnen muss, dass die PDS vor seiner Nase bald im Stadtrat sitzen wird. Zum ersten Mal ist es den demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten in München gelungen, die für die Kandidatur entscheidende Hürde von 1000 Unterschriften zu überspringen. Am 3. März werden die Wählerinnen und Wähler in der bayerischen Metropole die Möglichkeit haben, die Partei der sozialen Gerechtigkeit in ihren Stadtrat zu wählen. Edmund Stoiber kann sich den Schritt nach Berlin sparen – wir sind schon da.“

Münchner Lokalberichte



Besonders die erfolgreiche Unterschriftensammlung in München schlug einige Wellen bis in die bürgerlichen Zeitungen. Mit diesem Kioskplakat lockte die *Münchner Abendzeitung* am 17. Januar LeserInnen zu ihren Verkaufskästen. Auch die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 27. Januar widmete dem Ergebnis ungewöhnlich breiten Raum in den Münchner Seiten.

Die rassistische Rasterfahndung

Der AStA der HWP klagt gegen die Rasterfahndung der Hamburger Sicherheitsbehörden auf die Feststellung der Rechtswidrigkeit und die Unterlassung der Maßnahme.

HAMBURG, 28.1.2. Nachdem mehrere Studenten der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) von der willkürlichen, und der Ansicht des AStA nach rassistischen Maßnahme der Hamburger Innenbehörde auch betroffen sind, hat der AStA den Rechtsschutz zweier Studenten übernommen, die gegen diese Maßnahme juristisch vorgehen wollen. Die Rechtsanwältin des AStA hat heute beim Verwaltungsgericht Hamburg die Klage auf die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Rasterfahndung und die Unterlassung weiterer polizeilicher Maßnahmen beantragt.

Nachdem die Hamburger Sicherheitskräfte nach eigenen Angaben die Daten, der mehr als 140 ausländischen Studierenden erhoben haben und von weiteren Hunderten erheben möchten, sieht sich der AStA gezwungen, gegen diese rassistisch und kollektive Maßnahme, die die Persönlichkeitsrechte unserer Kommilitonen verletzt, auch juristisch vorzugehen. Nach bisherigen Gesprächen des AStAs mit JuristInnen müsste die Klage sich nach rechtlichen Kriterien erfolgreich durchsetzen.

„Diese Maßnahme zeigt, dass nach wie vor Fremde als Feinde und potenzielle Kriminelle gelten, die aufgespürt, bestraft und abgeschoben werden sollen. Dieses Dogma wird seit Jahrzehnten von der Politik aufrecht erhalten.“ So der AStA-Referent Yavuz Fersoglu.

Die betroffenen Studierenden fühlen sich aufgrund der Maßnahme sehr stark unter Druck gesetzt und verleumdet. Ihre Arbeitsplätze sowie ihr privates Umfeld in der Nachbarschaft wird von der Polizei aufgespürt und ihre persönlichen Daten (Kontoauszüge, Mietverträge, Studienbescheinigung, Reiseunterlagen) werden gespeichert. „Die Polizei tritt die Persönlichkeitsrechte mit Füßen und wird dabei von den rassistischen Ausländergesetzen gestützt und bestärkt.“ So der AStA-Referent Martin Dolzer.

Yavuz Fersoglu, Martin Dolzer

Wie auch in Hamburg ist in vielen Bundesländern eine sogenannte Rasterfahndung angelaufen gegen viele Menschen, die islamischen Glaubens sind oder sein könnten. Grundlage dieser Repression ist der § 23PolDVG, der bereits in den 70er Jahren die Grundlage für die - ergebnislose - Fahndung nach bestimmten Personengruppen bildete.

In Hamburg haben einige hundert Studenten Briefe und Anrufe des Landeskriminalamtes bekommen mit der Aufforderung, sich zu einem Gespräch einzufinden. Betroffen von dieser „Einladung“ sind Personen männlichen Geschlechts zwischen 20 und 40 Jahren, die aus islamischen Ländern sowie aus Frankreich und Israel (arabischer Herkunft) sind und studieren.

In den „Einladungen“ wird zwar erwähnt, dass die Personen nicht zwangsläufig beschuldigt bzw. verdächtig sind, es wird aber versäumt, darauf hinzuweisen, dass dieser „Einladung“ nicht Folge geleistet werden muss.

Die Betroffenen werden aufgefordert, zu diesem Gespräch u.a. Ausweisdokumente, Heiratsurkunde / Geburtsurkunde der Kinder, Studienbescheinigungen sämtlicher besuchter Universitäten / Fachhochschulen / Lehrgänge / Kurse, Mietverträge / Arbeitsbescheinigungen / Praktikumsunterlagen, Unterlagen über gemachte Reisen / Flugunterlagen, Kontounterlagen (Kontoauszüge der letzten 18 Monate) / Bankkonten / Kreditkartenunterlagen, Vereinsmitgliedschaften mitzubringen.



200 beteiligten sich am 11.12.1 an der Berliner Demonstration gegen die sog. „Terror“-Pakete

AStA Gießen Rasterfahndung: Beschluss des Landgerichts Wiesbaden aufgehoben

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat in seinem Beschluss vom 08.01.2002 den Beschluss des Landgerichts (LG) Wiesbaden vom 14.11.2001 aufgehoben. Das Verfahren wird zur neuen Prüfung und Entscheidung an das LG Wiesbaden zurückverwiesen.

Das OLG Frankfurt kommt zu dem Entschluss, dass die Entscheidung des LG Wiesbaden auf Rechtsfehlern beruht. Schon die vom LG Wiesbaden vorgenom-

mene Verneinung des Beschwerderechts sieht das OLG Frankfurt nach § 20 Abs. 1 FGG als falsch an. Denn die Beschwerde steht jedem, der durch den Beschluss des Amtsgericht Wiesbaden vom 25.09.2001 beeinträchtigt ist, zu. Andernfalls, so das OLG Frankfurt, würde das grundgesetzlich verbrieft Recht auf effektiven Rechtsschutz „ins Leere laufen“. „Durch diese Zurückverweisung wird deutlich, dass das LG Wiesbaden seine Hausaufgaben offensichtlich nicht gemacht hat“, so Christian Höflinger, Finanzreferent des AStA der JLU Gießen.

Entgegen der Auffassung des LG Wiesbaden, „der grundrechtliche Schutzbereich des informationellen Selbstbestimmungsrechts“ würde „erst durch die Durchführung der Rasterfahndung“ berührt, stellt das OLG Frankfurt eindeu-

g stoppen!

Durch die bewußt unklar gehaltenen Formulierungen des LKA leisten viele nichtdeutsche Studenten dieser Aufforderung Folge und müssen so bis zu zwei-stündige Verhöre über sich ergehen lassen. So entsteht ein Abgleich großer Massen persönlicher Daten unschuldiger Menschen durch Polizei und Geheimdienste, angeblich, um auf diese Weise sogenannte „Schläfer“ oder andere Verdächtige zu finden.

Am 15. Januar 2002 hat nun das Berliner Landgericht erstmalig dieser ausschließlich gegen nichtdeutsche Studierende gerichteten Ausforschungspraxis ein vorläufiges Ende gesetzt und diese Methode der Rasterfahndung für nicht zulässig erklärt. Dieses Urteil hat aber u.a. in Hamburg nicht dazu geführt, be-

reits gesammelte Daten zu vernichten bzw. die Rasterfahndung zu stoppen.

Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen protestieren auf das Schärfste gegen diese rassistische Rasterfahndung und fordern die Verantwortlichen dazu auf, die Rasterfahndung sofort zu stoppen und bereits ermittelte Daten unverzüglich und nachprüfbar zu löschen.

Für die Betroffenen der Rasterfahndung wird vom Anwaltsbüro Schultersblatt in Zusammenarbeit mit der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. eine Info-Hotline unter der Telefonnummer: 040 / 431 35 10 eingerichtet, um sich über die rechtlichen Möglichkeiten der Gegenwehr fachkundig beraten zu lassen.

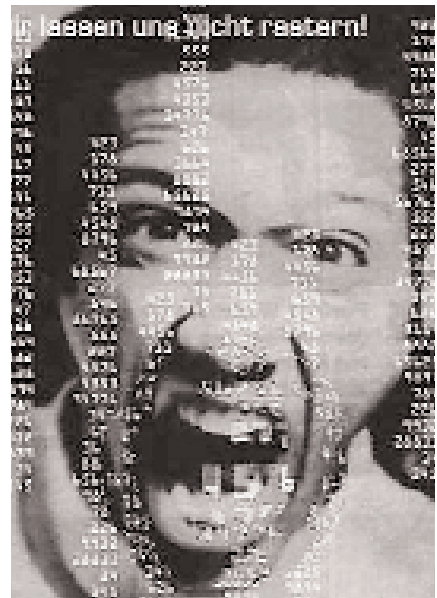
Hamburg, den 24.01.2002

ASTa der HWP,

Informationsstelle Kurdistan e.V.,

Kurdistan Solidarität Hamburg,

Rote Hilfe – OG Hamburg



Berlin.

Rasterfahndung ausgerastert

Studentischer Protest erfolgreich: Am 22. Januar hat das Landgericht Berlin die seit dem 20. September durchgeführte Rasterfahndung an Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen für rechtswidrig erklärt und die Beschlüsse des Amtsgerichts Tiergarten aufgehoben, das die Rasterfahndung angeordnet hatte.

Nach Monaten der Panikmache und des Krieges in Afghanistan hat der Sicherheitswahn der Bundes- und der Länderregierungen einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Der politische und auch juristische Kampf der Studierendenschaft der Humboldt-Universität gegen rassistischen Populismus und staatliche Repression hat damit erste Früchte getragen. Seit Oktober informiert der ReferentInnenrat die Öffentlichkeit über die ungeheuerlichen Vorgänge im Zusammenhang mit der vorgeblichen Fahndung nach „arabischen“ Terroristen. Parallel dazu hat die Vertretung der Studierenden der Humboldt-Universität Betroffene ausführlich beraten und ihnen juristischen Beistand zur Seite gestellt, sowie Protestveranstaltungen zum Thema organisiert.

Neben hoher Presseaufmerksamkeit und einer breiten Solidarisierung mit den stigmatisierten KommilitonInnen hat der Beschluss des Landgerichts Berlin nun auch das dritte Standbein der Kampagne, den juristischen Weg, als richtig bestätigt.

Im Beschluss des Landgerichts wird unter anderem darauf hingewiesen, dass zur Begründung so einschneidender Maßnahmen, wie einer Rasterfahndung die „...Berufung auf nicht näher überprüfte Angaben geheimdienstlicher Quellen“ nicht genüge. Statt dessen wird



9.12.01 Düsseldorf. 1000 bei der Demonstration am „gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn“

tig fest, dass „die unmittelbare Beeinträchtigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (...) bereits in der richterlichen Anordnung nach § 26 Abs. 4 Satz 1 HSOG“ zu sehen ist.

Tjark Sauer, Referent für Hochschulpolitik, stellt fest: „Das LG Wiesbaden hat die Grundlagen seiner Entscheidung einfach aus dem Antrag des LKA übernommen und nicht eigenständig überprüft, wie gesetzlich vorgeschrieben, ob eine gegenwärtige Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder des Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person besteht und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Übermittlung der verlangten Daten zum Zwecke des Abgleichs mit anderen Datenbeständen zur Abwehr der Gefahr erforderlich ist.“ Das OLG stellt

in seinem Beschluss richtig fest, das spätestens seit dem Volkszählungsurteil von 1983 fest steht, „das der Einzelne das Recht hat, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden,“ und das dies im Falle der Rasterfahndung nicht, wie es das LG Wiesbaden und die Medien getan haben, sträflich vernachlässigt werden darf.

Deshalb hat auch die Beschwerde insoweit Erfolg und das LG Wiesbaden muss erneut prüfen und „darf sich hierbei nicht auf eine Plausibilitätsprüfung beschränken“, so das OLG Frankfurt.

Der Beschluss des OLG Frankfurt stellt nach Auffassung des ASTa einen wesentlichen Schritt in Richtung eines rechtsstaatlichen Verfahrens dar. •

auf die Informationspolitik der Bundesregierung verwiesen. Dort wird seit Monaten betont, dass es keine Erkenntnisse für eine akute Gefahr in Deutschland gebe. Genau diese müsse aber nachgewiesen sein, um die eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Angesichts dieser Analyse des Gerichtes fühlen sich die VertreterInnen des Ref-Rat in ihren früheren Annahmen bestätigt, bei der Rasterfahndung handle es sich um einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Letztlich diene diese populistische Stimmungsmache der schon lange geplanten Ausdehnung von Ermittlungs- und Kontrollkompetenzen, insbesondere vor dem Hintergrund der geschürten Hysterie.

Oliver Stoll, Referent für das Politische Mandat: „Wir sind sehr zufrieden, dass die Beschwerden der Betroffenen und der Universität Erfolg haben. Wir erwarten nun, dass die Behörden entsprechend handeln, d. h. die rechtswidrig gesammelten persönlichen Datensätze vernichten. Wir bestehen auf Offenlegung der Verwendung der Daten und den Nachweis ihrer vollständigen Vernichtung.“

Sarah Ernst, Co-Referentin für Öffentlichkeit: „Wir fühlen uns in der bisherigen Arbeit bestätigt und werden auch in Zukunft staatlichen Rassismus mit allen Mitteln, politischen und juristischen bekämpfen.“

Jana König, Referentin für Hochschulpolitik, weist auf die bundesweite Bedeutung dieser juristischen Entscheidung hin. „Wenn das Landgericht der Hauptstadt Berlin feststellt, dass die Rasterfahndung keine rechtliche Grundlage hat, erwarten wir dieses Verbot auch für das gesamte Bundesgebiet.“

www.refrat.hu-berlin.de

In der rot-roten Senatskoalition kam es am 23. Januar wegen der Rasterfahndung zu Meinungsverschiedenheiten. Im Gegensatz zu SPD-Senator Körting forderte die PDS einen Stopp des Datenabgleichs. Die innenpolitische Fraktionssprecherin Marion Seelig sagte, der Richterspruch habe die ablehnende Haltung ihrer Partei zur Rasterfahndung bestätigt. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ulrich Thöne, forderte Körting ebenfalls auf, den Beschluss des Landgerichts sofort umzusetzen. Die Aktion habe sich von Anfang an auf „juristisch sehr dünnem Eis“ bewegt.

Am 24. Januar erklärte Innensenator Körting schließlich, dass ein weiterer Datenabgleich nicht mehr beabsichtigt sei; selbst wenn andere Bundesländer dem Land Berlin noch Daten nachliefern sollten, werde bis zu einer obergerichtlichen Klärung kein Abgleich mehr durchgeführt. Er kündigte allerdings an, dass die Berliner Polizei eine Beschwerde vorbereite zur Überprüfung der Entscheidung des Landgerichts.

Berliner Ztg. 24.1., Südd. Ztg. 25.1.02.

Widerstand gegen Sammelverpflegung. KÖLN. Die PDS-Ratsgruppe hatte sich mit einer Anfrage an den Rechnungsprüfungsausschuss gewandt und eine Überprüfung der Kosten für die Sammelverpflegung gefordert. Zu vermuten war, dass die Sammelverpflegung teurer ist als die bisher gewährte Auszahlung von Geldmitteln an Flüchtlinge. Die Verwaltung gestand ein, dass die Mehrkosten ca. 100 Euro pro Flüchtling betragen. „Mit städtischen Mitteln finanziert die Verwaltung ihre Abschreckungspolitik“, kommentiert Ratsmitglied Jörg Detjen. Zur Zeit befinden sich 177 Flüchtlinge im Container-Lager. Pikant am Rande: Die Verwaltung teilte mit, dass die Betreiberin der Sammelverpflegung im Flüchtlingsheim Subbelrather Str. – vermutlich das Franziskus Hospital – „wegen negativer Image-Werbung“ abgesprungen sei und die Stadt Köln die geplante Sammelverpflegung ab Mitte Januar doch nicht einführen könne. „Ein kleiner Erfolg durch öffentlichen Druck“, meint Ratsmitglied Jörg Detjen dazu.

www.pds-koeln.de/ratsgruppe

Höhere Müllgebühren. FRANKFURT A.M. Am 31. Januar wird die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der „Viererkalition“ eine weitere Erhöhung der Müllgebühren um 8% beschließen. Die letzte Erhöhung ist gerade mal 18 Monate her. Der Mieterschutzverein Frankfurt hatte diese Gebührentreibung in einem Schreiben an des Umweltdezernat kritisiert und wollte u.a. wissen, warum die FES einen Gewinn von 16 Mio. DM an die Eigentümer (Stadt Frankfurt, Fa. Rethmann) ausgeschüttet hat. Die zuständige Dezernentin rechtfertigte die Politik des Magistrats in ihrer Antwort mit einem „strukturellen Defizit im Gebührenhaushalt“. Die Gewinnausschüttung wird mit keinem Wort erwähnt.

frankfurter info 02/02

Aktionen gegen Vertreibung. OBERHAUSEN. Die MieterInnen der Weierheide rufen zu Demo & Aktionstagen gegen die Vertreibung aus ihrem Wohnraum auf! Die Siedlung Weierheide ist eine Arbeitersiedlung der ehemaligen Zeche Sterkrade. Sie ist in den letzten Jahren mehrfach verkauft worden. Zuletzt an Firma Burger, die ihren Profit aus dem Verkauf einzelner Haushälften an Privateigentümer ziehen will. Die Firma Burger ist mit allen Mitteln bereit, ihr Privateigentum gegenüber der Mieterschaft zu verteidigen. Es werden zuhauf vor dem Amtsgericht Oberhausen Räumungsklagen gegen unliebsame Mieter gestellt. Genossenschaftspläne werden durch überhöhte Geldforderungen zerschlagen. Die MieterInnen erklären: „Wir lassen uns nicht vertreiben! Wir ziehen die Stadt Oberhausen und das

Land NRW (insbesondere die LEG) in ihre Verantwortung gegenüber den MieterInnen! Gegen die Spekulation mit preiswertem Mietwohnraum!“ Aktionstage: 30.01.02 bis 01.02.02. Demonstration: 02.02.02 Treffpunkt Oberhausen-Sterkrade, Rathaus 12.00 Uhr. nadir.de – weitere Infos über: <http://www.weierheide.de/vu>

Gegen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. BERLIN, KÖLN. Mit einem klaren Nein hat die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ursula Engelen-Kefer, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe abgelehnt. „Ein Aufgehen der Arbeitslosenhilfe in der Sozialhilfe lehnt der DGB entschieden ab, weil dies zu Lasten von Arbeitslosen und Kommunen ginge“. Ein neu gestalteter öffentlicher Finanzausgleich, so Frau Engelen-Kefer, würde dagegen nie in gleichem Maße zu Gunsten der Krisenregionen wirken wie bisher die Arbeitslosenversicherung. Sie betonte, dass es mittel- und langfristiges Ziel bleiben müsse, „Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe möglichst ‚armutsfest‘ zu machen, damit sich die Kommunen wieder auf rehabilitative Maßnahmen für jene konzentrieren können, die infolge besonderer sozialer Problemlagen allein durch arbeitsmarktpolitische Hilfen nicht ins Erwerbsleben eingegliedert werden können“.

www.staedtetag.de

Gemeindefinanzen. BERLIN. Nur mit finanzieller Soforthilfe des Bundes lässt sich nach Meinung der Städte ein weiterer Verfall der kommunalen Investitionen stoppen. Für eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen fordert der DST u. a. folgende Themen: Modernisierung der Gewerbesteuer, Abschaffung der kommunalen Mitfinanzierung gesamtstaatlicher, nicht kommunaler Aufgaben: zum Beispiel beim Kindergeld, das die Kommunen mit 3,6 Milliarden Euro jährlich mitbezahlen oder bei der Förderung der privaten Altersvorsorge, die Einnahmeverluste für die Kommunen von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich verursacht; Reduzierung der Belastung der Städte durch Sozialleistungen. Skeptisch äußerte sich der Städtetag zu der in der Kommission vorgesehenen verknüpften Debatte von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Vizepräsidentin Roth: „Eine Zusammenlegung dieser Leistungen stößt auf unseren unterschiedlichen Widerstand. Die staatliche Aufgabe Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit darf nicht den Kommunen zugeschoben werden. Die Sozialhilfe muss im Gegenteil wieder auf ihren Kern als Nothilfe im Einzelfall zurückgeführt werden.“

www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj

Forderungen zur Tarifrunde 2002 der IG Metall

Bekannt gewordene Forderungen aus Betrieben mit mindestens 9%:

SKF Schweinfurt	13%
VLe Fujitsu Siemens Computers, Siemens Business Services und SINITEC Frankfurt/Main	250 Euro
Jungheinrich, Hamburg	12%
VKL Opel Bochum	200 Euro*
AEG, Nürnberg	200 Euro*
MAN NF, Nürnberg	200 Euro*
VK GKN Aerospace, München	200 Euro*
VK DaimlerChrysler, Bremen	11%, mind. 500 DM
VLe DaimlerChrysler Wörth	10,4%
Emuge, Nürnberg	350 DM
VK Continental TEVES, Frankfurt/Main	10%, mind. 250 Euro
Bosch Waiblingen	10%
VK ALSTOM Power Turbinen, Nürnberg	10%
VK Fleischmann, Nürnberg	0%
VLe Rohde & Schwarz, München	10%, mind. 300 DM
VK Stihl	9,5%, mind. 200 Euro
Leistritz, Nürnberg	9,5%
VLe Karmann, Osnabrück	9,5%
VK Porsche Zuffenhausen/Ludwigsburg	9,5%
BMW Berlin	9,5%, mind. 150 Euro
Porsche Weisach	9,5%
BMW Regensburg	9%
VK MAN Nutzfahrzeuge, München	250 DM + 3% mtl. / 9,25%
VK Osram, Spanda	9% plus ERA
VK ARRI München	9%, mind. 155 Euro

*auf den Facharbeiterlohn im IGM-Bezirk Frankfurt/Hessen wären das etwa 12% Lohnerhöhung, in den unteren Lohngruppen entsprechend mehr.

In zahlreichen Betrieben liegen Forderungen von 7% - 9% vor. Hier eine kleine Auswahl:

Bosch Nürnberg	150 Euro
Siemens NMA Nbg	8,5%
Siemens Trafo, Nürnberg	8%
MV Siemens AG, Fujitsu-Siemens und SBS, München	8%
Knorr Bremse, München	8%
VLe Mahle, Stuttgart	8%
VLe Mahle, Markgröningen im Kreis Ludwigsburg	8%, mind. 150 Euro
VK BMW AG München	7,9%, mind. 130 Euro
VLe MTU München	7,9%
DaimlerChrysler Sindelfingen	7,5% plus ERA
Krauss Maffei, München	7,9%
VLe Opel Rüsselsheim	7,5%
VLe DaimlerChrysler Zentrale, Stuttgart	7,5% (6% + 1,5% ERA)
Bosch Feuerbach	7,5%

Aus Verwaltungsstellen der IG Metall:

Delegiertenversammlung IGM Vst Hanau	250 Euro
Delegiertenversammlung IGM Vst Coburg	10%
Delegiertenversammlung IGM Vst Schweinfurt	9,5%
Delegiertenversammlung IGM Vst Waiblingen	9,5 %
Delegiertenversammlung IGM Vst Esslingen	450 DM, mind 9,0 %
Delegiertenversammlung IGM Vst Landshut	%
Delegiertenversammlung IGM Vst Neu-Ulm	7,5%
Delegiertenversammlung IGM Vst München	7,5 %
Delegiertenversammlung IGM Vst Regensburg	7,4 %

IG Metall Bayern beschließt regionale Tarifforderung für 2002:

6,5 Prozent, mit sozialer Komponente bis 10 Prozent

Volumen von 6,5 Prozent für höhere Einkommen und den Einstieg zu einem gemeinsamen Entgelttarifvertrag (Ingolstadt, 17. Januar 2002). Die Tariffkommission der IG Metall Bayern hat die Forderung für die Tarifrunde 2002 in der Metall- und Elektroindustrie beschlossen. Das Forderungspaket für die rund 730 000 Beschäftigten besteht aus Erhöhung der Löhne und Gehälter mit einer sozialen Komponente im Volumen von 6,5 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen sollen einheitlich um 65 EURO angehoben werden.

„Wir fordern unseren Anteil am Unternehmenserfolg und an der Steigerung der Produktivität. Zusätzlich ist die Preissteigerung auszugleichen. Gleichzeitig wollen wir in der Tarifrunde einen entscheidenden Schritt für einen Gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte tun“, sagte Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, nach einer langen und intensiven Diskussion der Tariffkommission für die bayerische Metall- und Elektroindustrie in Ingolstadt.

Aus den bayerischen Verwaltungsstellen lagen der Tariffkommission Forderungen zwischen 6,5 und 10 Prozent vor. Letztlich habe sich die Tariffkommission aus organisationspolitischen Gründen auf eine Forderung von 6,5 Prozent verständigt. Neugebauer: „Nicht die Forderung ist entscheidend, sondern was auf dem Konto landet!“. Alle Krokodilstränen der Arbeitgeber wegen der derzeitigen wirtschaftlichen Situation seinen mehr als vordergründig. Alleine 2001 hatten die Arbeitnehmer einen Reallohnverlust von 0,4 Prozent zu verkraften. Von 1995 bis 2000 ist die Produktivität in den bayerischen Metall- und Elektrobetrieben um 52 Prozent gestiegen, aber die Einkommen nur um 16 Prozent. Die realen Lohnstückkosten sind in dieser Zeit sogar um 24 Prozent gesunken. Neugebauer: „Wer hat da den Reibach gemacht? Doch nicht die Beschäftigten“. Er erwartet von den Arbeitgebern, dass sie diese Realitäten zur Kenntnis nehmen und den berechtigten Forderungen aus den Betrieben Rechnung tragen. Die Tariffkommission erwartet, dass in dieser Tarifrunde erste materielle Schritte zur Anglei-

IG Metall Bayern: Siemens-Vorstand predigt Sparen und erhöht seine Fixbezüge 2001 um 27,5 Prozent

MÜNCHEN, 17.01.2002 Siemens hat auf die rezessive Wirtschaftslage und auf die Krise im High-Tech-Sektor zu einseitig reagiert, auf Kosten der Belegschaften und durch Abbau von Arbeitsplätzen. Dagegen werden Produktivitätspotenziale in Milliardenhöhe, durch Verbesserung interner Abläufe, kaum genutzt. Während der Siemens-Vorstand, um ein Zeichen zu setzen, die Gehaltserhöhungen für viele tausend Angestellte vertagt hat und die Tarif-Beschäftigten sinkende Real-einkommen verzeichnen, hat der Vorstand laut Mitteilung an die US-Börsenaufsicht SEC seine eigenen Fixbezüge für 2001 um 27,5 Prozent von vier auf insgesamt 5,1 Millionen Euro erhöht. Werner Neugebauer, IG Metall-Bezirksleiter: „Das ist ein Hohn angesichts der Mäßigungsappelle an die Adresse der IG Metall für die kommende Tarifrunde.“ Die zentralen Rendite-Vorgaben führen in den Geschäftsbereichen zu Mobbing, zur Selektion vermeintlicher Minderleister, wie kürzlich eine Mail aus dem Geschäftsbereich ICM dokumentiert hat. Ganze Standorte wie Bad Hersfeld stehen zur Disposition - trotz der oft beschworenen gesellschaftlichen Verantwortung des Konzerns. Die vor gut einem Jahr mit hohen Investitionen gestartete Konzernweite E-Business-Initiative, gerichtet auf die Verbesserung der internen Prozesse, wird in den Bereichen nicht umgesetzt. Die dadurch möglichen Kostensenkungen könnten mehrere 10.000 Jobs sichern. Aber offenbar ist kurzfristiger Personalabbau die bequemere Management-Methode. Dieser einseitige Kurs untergibt die Unternehmenskultur und die Motivation und gefährdet den zukünftigen Erfolg von Siemens, sagte Wolfgang Müller, Leiter des Siemensprojekts der IG Metall.

chung der Entgeltrichtlinien bei Lohn und Gehalt für einen Gemeinsamen Entgelttarifvertrag vereinbart werden. Unabhängig davon sind die weiteren Vorarbeiten für ein gemeinsames Eingruppierungssystem von Arbeitern und Angestellten fortzuführen. Nach den Kampagnen der Arbeitgeber gegen „angeblich unvernünftige Tarifabschlüsse“ hat sich die IG Metall Bayern schon intensiv mit der Durchsetzung der Tarifforderung befasst. „Wir machen ab sofort in den Betrieben Druck. Wenn das nicht zum Erfolg führt, dann haben wir für den Ernstfall ein innovatives Streikkonzept entwickelt“, stellte Neugebauer fest und fügt hinzu, „hoffentlich müssen wir dieses nicht anwenden!“

Studentische Hilfskräfte: Kein offizielles Personal, aber unverzichtbar für die Arbeit der Universität

Tarifinitiative für studentische Hilfskräfte gegründet

HAMBURG. In diesem Bericht über die Tarifinitiative (TVI), die von Hamburger Studierenden gegründet wurde, ist von den studentischen Hilfskräften die Rede, die aus dem Sachmittelletat bezahlt werden, die im HmbHG keine eigene Personalkategorie darstellen und die über keine Interessenvertretung verfügen, da sie im Hamburger Personalvertretungsgesetz ausdrücklich ausgeschlossen werden.

Aber ohne diese „Personalgruppe“ könnte die Universität Hamburg in vielen Bereichen ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten.

Schlecht bezahlt, aber unentbehrlich

Die Personalgruppe der studentischen Hilfskräfte stellt für jeden Arbeitgeber den Idealtypus eines ausbeutbaren Arbeitnehmers dar: Abhängig, ohne Interessenvertretung, flexibel und in der näheren Umgebung leicht erreichbar. Und das Ganze für 15,68 Mark die Stunde.

Die Leistungen der studentischen Hilfskräfte reichen von einfacher Verwaltungsarbeit bis zu anspruchsvollen Dienstleistungen im EDV-Bereich, von der Literaturrecherche bis zur Produktion multimedialer Lehr- und Lernmaterials, von der Betreuung studentischer Arbeitsgruppen bis zur Organisation von Exkursionen. Kaum eine Bibliothek könnte ihre Öffnungszeiten ohne die Mitarbeit von studentischen Hilfskräften aufrecht erhalten. Computer-Pools und die EDV-Betreuung der Verwaltung würden ohne studentische Hilfskräfte zusammenbrechen.

Soziale Lage

Die soziale Lage der Studierenden hat sich seit Einführung der BAföGs fast kontinuierlich verschlechtert. Fast zwei Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium. Studiennahe Jobs sind besonders begehrt, da sie oft auch eine zusätzliche Qualifikation bieten.

Besondere Abhängigkeit

Für studentische Hilfskräfte sind die Arbeitgeber nicht selten die eigenen Hochschullehrerinnen und -lehrer, von denen sie auch benotet und geprüft werden. Daraus kann eine besondere Abhängigkeit entstehen, die es häufig verhindert, sich gegen überzogene Arbeitsanforderungen oder schlechte Arbeitsbedingungen zu wehren.

Um die Unterdeckung im Personalhaushalt auszugleichen, ist die Versuchung sehr groß geworden, Einsparungen

im Personalhaushalt durch Freihalten von Stellen und Ersatz der Arbeit durch studentische Hilfskräfte zu erreichen.

Die Vertragsbedingungen sind äußerst schlecht. Dauer und Umfang der Tätigkeit sind nur selten langfristig planbar. Urlaubsansprüche und Krankheitsregelungen werden in den meisten Fällen nicht berücksichtigt. Die Interessenvertretung der studentischen Beschäftigten durch die örtlichen Personalräte wird im Hamburger Personalvertretungsgesetz ausgeschlossen. Durch die bestehende allgemeine Interessenvertretung aller Studierenden (ASTa) ist eine gezielte Arbeitnehmervertretung nicht ersetzbar.

Die Hamburger Initiative

Die Hamburger Tarifinitiative studentischer Beschäftigter (TVI) hat auf der Grundlage einer Analyse der Beschäftigungsverhältnisse einen Forderungskatalog erstellt, der mit Unterstützung der Gewerkschaften in einen Tarifvertrag münden soll. Die Hamburger Studierenden sind dabei nicht alleine: Auch der

Forderungen für einen Tarif- vertrag für studentische Beschäftigte an den Hoch- schulen:

Ein Tarifvertrag ist die notwendige Voraussetzung um eine rechtlich verbindliche Stellung der Arbeitsverhältnisse der studentischen Beschäftigten zu manifestieren. Unsere Minimalforderungen lauten:

- Das Beschäftigungsverhältnis muss in einem Arbeitsvertrag eindeutig geregelt werden. Eine detaillierte Stellenbeschreibung ist notwendig.
- Die Kündigungsfrist seitens der Arbeitgeber muss mindestens sechs Wochen zum Monatsende betragen.

Eigentlich ist es erschreckend, dass sich in deutschen Hochschulen eine Grauzone gebildet hat, wo sich die Hochschulen die Hilflosigkeit von Studierenden zu Nutzen machen. Nirgendwo in der Wirtschaft gibt es solch billige Arbeitskräfte wie hier. Abwertend noch hinzugefügt: die Studierenden werden als Sachkosten geführt. Aber nicht nur die Vergütung lässt Raum für Kritik, sondern auch die Rechte der Studierenden Hilfskräfte. Man kann eigentlich sagen: bis auf das Wohlwollen der jeweiligen Vorgesetzten haben sie keine Rechte.

Anfang der Neunziger waren wir fast so weit, einen Tarifvertrag durchzusetzen – er lag unterschiftsreif vor. Doch die Vertreter der Hochschuleseite kamen einfach nicht mehr an den Verhandlungstisch. So flog der Vertrag unter den Tisch! Aus dem Blick und aus dem Sinn, haben sich damalige Rektoren wohl gedacht.

Dieses will die Hamburger Tarifinitiative für studentische Hilfskräfte ändern. Wir, Studierende, ihre Vertreter, Gewerkschaften und politische Vertreter (auch der Initiator), treffen uns regelmäßig, um die rechtliche Grundlage für einen Tarifvertrag zu schaffen. Leider lässt sich der Tarifvertrag nur bundesweit durchsetzen, aber viele Hochschulen bundesweit denken ähnlich. (...)

Markus, AStA HAW Hamburg, astafhamburg@gmx.de

„Ritt auf der Rasierklinge“.

– HB, Mittwoch, 9.1.2002.

So nennt der Berliner IHK-Präsident W. Gegenbauer die Beteiligung der PDS an der Regierung: „vor allem, weil Berlin sehr auf Sympathie und Hilfe von außen angewiesen ist“. Er hat schon vor der Entscheidung, wer Wirtschaftsminister in Berlin werden wird, erklärt, er werde mit einem PDS-Wirtschaftsminister „keinen Krieg anfangen“. Zwar gebe es natürlich in der Unternehmerschaft „massive Vorbehalte“, seine Aufgabe aber sei nur der sachliche Dialog. Selbstverständlich werde man über einzelne Punkte streiten, er habe aber „keine Anzeichen dafür, dass man mit Gysi nicht reden kann.“

BDI fordert Streichung von Gesetzen. –

HB, Donnerstag, 17.1.2002. M. Rogowski, BDI-Präsident, plädiert dafür, alle in den letzten zwei Jahren beschlossenen Gesetze, die zusätzliche Regulierungen gebracht haben, ersatzlos zu streichen. Diese gelte für den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, die Erschwerung befristeter Arbeitsverhältnisse und die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Auch das Kündigungsschutzgesetz, das zu einem teuren Abfindungsrecht geworden sei, müsse angepackt werden. Die Tarifpolitik müsse sich am Produktivitätsfortschritt orientieren. Überstunden seien das wichtigste Flexibilisierungsinstrument, das die Wirtschaft heute noch habe. Solange andere solcher Instrumente so schwach seien, seien Überstunden unverzichtbar.

Landenschluss-Sonderregelung für Apotheken werden gekippt. –

Der DIHT begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das die gesetzliche Regelung für Apotheken, im Unterschied zum Einzelhandel nicht an vier Sonntagen im Jahr öffnen zu dürfen, als unverhältnismäßig betrachtet. „Zwar müsse die Sonn- und Feiertagsruhe geschützt bleiben, Deutschland kann es sich aber nicht leisten, darauf zu warten, bis das Gericht das Ladenschlussgesetz hupfenweise aufhebt.“

Keine gesetzliche Produktinformati- onspflicht. –

HB, Donnerstag, 24.1.2002. Der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelhandel (BLL) setzt dem Ansinnen der Bundesverbraucherschutzministerin R. Künast starken Widerstand entgegen, einen gesetzlichen Auskunftsanspruch festzuschreiben, der sich auch auf Daten über Inhaltsstoffe, z. B. deren Art und Konzentration, erstrecken sollte. Der BLL, wie auch Kanzleramt und Bundeswirtschaftsministerium: es könnten auf diese Weise sehr schnell Geschäftsgeheimnisse verraten werden.

Presseauswertung: rst

Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) auf Bundesebene hat einen Arbeitskreis zu diesem Thema eingerichtet und es wird an einer bundesweiten Kooperation gearbeitet.

Ziel: Tarifvertrag und Personal- vertretung

Der anvisierte Tarifvertrag soll Regelungen über die Bezahlung der Arbeit, über Mindestbeschäftigungsdauer, Kündigungsfristen, Urlaubsregelungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Zuschläge für angeordnete Arbeit in der Nacht und an Wochenenden, Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für

Unterrichtstätigkeiten, fachliche, methodische und didaktische Fortbildung enthalten. Die Frage der Personalvertretung muss über den Arbeitgeber, also die Freie und Hansestadt Hamburg, geregelt werden.

Beispiel Berlin

In den 90ern gab es bereits einen fertig ausgearbeiteten Tarifentwurf, der nach langen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Tarifkommission der Länder auf Intervention der Hochschulrektorenkonferenz nicht zustande kam. Man einigte sich auf einen Finanzrahmen, der den Ländern einen weiten Spielraum in der Bezahlung der studentischen Beschäftigten ließ. Dadurch entstanden nicht nachvollziehbare Ungleichheiten zwischen den einzelnen Ländern, aber auch zwischen den unterschiedlichen Hochschulformen.

Aufgrund seiner besonderen rechtlichen Lage war es im Bundesland Berlin für die Gewerkschaften möglich, direkt mit dem Land einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte abzuschließen. Auf diesem Tarifvertrag bauen die Überlegungen der TVI auf.

Druck machen

Da nicht davon auszugehen ist, dass ein Tarifvertrag ohne deutlichen Druck der Studierenden auf breiter Basis zustande kommen wird, ist es sehr wichtig, dass die studentische Initiative unter den studentischen Hilfskräften bekannt und von ihnen unterstützt wird. Wir bitten deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, studentischen Hilfskräften, die ihnen in ihrer näheren Umgebung bekannt sind, von diesem Artikel zu berichten und anzuregen, mit der Initiative Verbindung aufzunehmen. Sonja Staak (TVI), Wolf Andre-Deitert (WIPR)

Kontakt:

TVI, c/o ver.di Hamburg
Fachbereich 5
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
e-mail: TVI.hamburg@verdi.de

- Die Bezahlung soll nach dem Berliner Beispiel auf 21,09 DM für alle Tätigkeiten, die ein abgeschlossenes Grundstudium verlangen und 19,52 DM für alle anderen Tätigkeiten betragen. Eine garantierte jährliche Angleichung an die Gesamtpreisentwicklung ist nötig.

- Zuschläge für angeordnete Arbeit in der Nacht, an Wochenenden und an Feiertagen, sowie Urlaubs-, Weihnachts- und Krankengeldzahlung in Anlehnung an den BAT sind selbstverständlich.

- Es muss eine garantierte Mindestbeschäftigungsdauer von vier Semestern gewährleistet sein (Ausnahme: es ist eine kürzere Zeit für Forschungsprojekte vereinbart).

- Die Monatsarbeitszeit soll einen Mindestumfang von 40 Stunden betragen.

- Eine Zuständigkeit von Personalräten für studentische Beschäftigte ist eine unserer zentralen Forderungen. Dies beinhaltet eine voll vergütete Freistellung der studentischen Beschäftigten für den Zeitraum, in dem sie sich an der Verhandlung über ihren Tarifvertrag beteiligen, sowie Recht auf Einsicht in die vollständigen eigenen Personalakten.

Zum Tode von Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu wurde 1930 im südfranzösischen Denguin (Béarn) geboren. Nach dem Studium der Philosophie an der Elitehochschule École normale supérieure in Paris arbeitete er zunächst als Lehrer, bevor er 1958 wissenschaftlicher Assistent an der philosophischen Fakultät in Algier wurde. In dieser Zeit begann er mit einer Reihe von Arbeiten über Algerien, in denen sich sein Interesse für Ethnologie und Soziologie zunehmend entwickelte (etwa *Sociologie de l'Algérie*, 1958, *Le déracinement*, 1964, und *La maison kabyle ou le monde renversé*, 1970). Seit 1981 lehrte Bourdieu auf dem Lehrstuhl für Soziologie am Collège de France. In dieser Zeit begann auch seine Beratertätigkeit für die Gewerkschaft C.F.D.T. 1993 wurde er mit der höchsten Wissenschaftsauszeichnung Frankreichs, der „Médaille d'or des Centre National Recherche Scientifique“ geehrt. Pierre Bourdieu ist am Mittwochabend im Alter von 71 Jahren in Paris gestorben.

Im folgenden eine Zusammenstellung einiger Nachrufe die in der deutschen Presse das Wirken des französischen Soziologen würdigten

Frankfurter Rundschau 25.1.2002

Jürgen Habermas

Nach Luhmann nun also Pierre Bourdieu – bei Generationsgenossen verspürt man den Stich ins Herz, den Todesnachrichten versetzen können, vielleicht deutlicher als sonst. Mit Pierre Bourdieu stirbt einer der letzten großen Soziologen des 20. Jahrhunderts, die sich um disziplinäre Grenzen nicht kümmerten. Natürlich war er, seit den frühen Studien über den Zusammenstoß der Agrargesellschaft in Algerien mit dem Geist des Kapitalismus auch Ethnologie. Die literarischen Zeugnisse einer rastlosen Produktivität lassen aber unter dem Pseudonym des Soziologen alsbald auch den Philosophen, den Ökonomen, den Kulturtheoretiker, ja einen Linguisten erkennen, der neue analytische Perspektiven eröffnet. Dieser Autor hat mit Grundbegriffen wie „symbolisches Kapital“ Sprengsätze in die Geschichts- und Kulturwissenschaften eingeführt. Er hat einen Begriff wie „Habitus“, den Adorno liebte, erst einen strengen Gebrauch gegeben. Sowenig Bourdieu nur Soziologe gewesen ist, so wenig war er nur Akademiker. Wie Foucault gehörte er zu jenen theoretisch ambitionierten Geistern, die ihrer Umgebung nicht die Chance gaben, das politische vom akademischen Engagement zu trennen. Je älter er wurde, umso freimü-

tiger hat er die politische Enthaltsamkeit des Gelehrten aufgegeben. Sie erschien ihm als „Weltflucht im Namen der Wertfreiheit“. Er hat Gegenfeuer gelegt, sich „im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion“ zu Wort gemeldet. Er hat die intellektuelle Szene in Frankreich polarisiert. Ich habe die Vitalität dieses Geistes, seine Bereitschaft, Konflikte auszuhalten, bewundert. Am tiefsten hat mich berührt, dass sich der Analytiker und Forscher, der seine nächste akademische Umgebung aus exotischer Distanz beobachten konnte, in einen ganz altmodischen Humanisten verwandelte, sobald er sich erregt und die Perspektive des Beobachters zugunsten des leidenschaftlich Beteiligten aufgab.

Frankfurter Rundschau 25.1.2002

Intellektueller Volkstribun

Von Christian Schlüter

Dank seines Blicks für feine Unterschiede wurde alles anders: Zum Tod des französischen Soziologen Pierre Bourdieu

So lange ist es noch gar nicht her. Eine ältere Generation der Kulturkritik hatte uns längst daran gewöhnt, die Vielfalt unseres Konsumverhaltens, unserer Geschmäcker und Lebensstile immer nur wieder als großen Irrtum zu durchschauen. Die kulturelle Vielfalt sei vielmehr eine Schimäre, ein einziger Verblendungszusammenhang, bloßer Schein; in Wahrheit hätten Konsum- und Bewusstseinsgüterindustrie jedwede Besonderheit sich unterworfen und wäre die Warenform längst zum alles durchherrschenden Prinzip geworden. An Alternativen war also nicht mehr zu denken, zu unerbittlich und umfassend war das Unheil über uns hereingebrochen: Eine überaus listige Dialektik hatte die einstmals hoffnungsvolle Egalité der Aufklärung zur industriennormierten Gleichmacherei verbogen.

Als der französische Soziologe Pierre Bourdieu sein Buch *Die feinen Unterschiede* vorlegte, war auf einmal alles anders. 1979 in Frankreich und 1984 in deutscher Sprache erschienen, breitete seine „Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“ – so lautet der Untertitel in vager Anlehnung an Immanuel Kant – einem staunenden und zugleich erschrockenen Publikum den ungeheuren Reichtum seiner Alltagswirklichkeit aus. Bourdieus gut 900 Seiten schwere Untersuchung verlor sich dabei nicht so sehr in erkenntnistheoretischen oder geschichtsphilosophischen Spekulationen, sondern überzeugte durch ihren Materi-



alreichtum. Dabei war dem Soziologen nichts Menschliches fremd; kurzerhand unterlief er die gebräuchliche Unterscheidung zwischen höherer und niederer Kultur, ihn interessierte schlicht alles.

Man durfte sich also erlappt fühlen. Bourdieus Domäne waren die Lebensstile. Freizeitgestaltung, Essverhalten, Schönheitsideale, Kino-, Theater- oder Galeriebesuche, akademische und andere Titel, Wohnungseinrichtungen und Urlaubsorte – in all dem entdeckte Bourdieu ein dichtes Gewirr verschiedener Strategien, mit deren Hilfe sich die gesellschaftlichen Akteure um Distinktionsgewinne mühen. Auf die Unterschiede kommt es eben an: Ein Kampf um symbolisches Kapital, also um Anerkennung, Ruhm und Ehre, durchzieht das soziale Feld; eine Konkurrenz, bei der jeder Teilnehmer, mit anderen Worten: wir alle, auf eine für sich einträgliche Weise zu agieren versucht. Dabei geht es mitunter kleinlich bis kleinkariert zu. Auf dem Feld der Ehre und des Ruhms ist nichts wirklich peinlich.

Dies gilt insbesondere auch, so lautet eine der Kränkungen, die Bourdieu für uns bereit hält, für altehrwürdige Institutionen, etwa Universitäten oder den Literaturbetrieb. Das hat er in minutiösen Studien zu Gustave Flaubert oder zum französischen Erfolgs- und Meisterdenker Jean-Paul Sartre eindringlich dargelegt. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang auch Bourdieus bereits 1976 in deutscher Übersetzung erschienenes Buch *Die politische Ontologie* Martin Heideggers (frz. 1975) sowie seine wiederum breit angelegte Untersuchung über den *Homo Academicus*, aus dem Jahre 1988 (frz. 1984). Sichtbar wird hier ein intellektuelles Feld, das für sich genommen zwar weitgehend autonom ist, innerhalb dessen aber die Akteure ganz disparate Strategien verfolgen, ein-

gespannt zwischen Orthodoxie und Heterodoxie.

Innerhalb eines sozialen Feldes – dieser Begriff ist entscheidend für Bourdieu – findet eine Auseinandersetzung zwischen den repräsentativen Institutionen, der vorherrschenden Lehre oder Meinung, dem Etablierten und fraglos Hingenommenen auf der einen Seite und dem Neuen und Abweichenden, gegebenenfalls sogar Subversiven auf der anderen Seite statt. So hat etwa Martin Heideggers Kritik am herrschenden Neukantianismus seiner Zeit und seine Parteinahme für ein neues „ursprüngliches“ Denken ihm erhebliche Distinktionsgewinne eingebracht: Seine „Metaphysik des Provinziellen“, sein Jargon der Unmittelbarkeit versprach eine Überwindung der an Formstrenge und Allgemeinheitspostulaten geradezu erstickenden Universitätsphilosophie – kleinbürgerliche Aufstiegsfantasien, wie der Soziologe Bourdieu anmerkt.

In jeder Strategie spiegelt sich zugleich auch ein bestimmtes Milieu wieder. Auch da, wo es um scheinbar unverrückbare oder unmittelbare Wahrheiten geht. Dies verweist auf einen weiteren zentralen Begriff bei Bourdieu: den Habitus. Er ist eine Art Vermittlungsinstanz zwischen dem agierenden Individuum und der Kollektivität seines Zeitalters, eines Systems unbewusster und verinnerlichter Verhaltensmuster. Eine Strategie muss verkörpert, also habitualisiert sein, um wirksam werden zu können, wie Bourdieu in seiner 1970 erschienenen Soziologie der symbolischen Formen ausgeführt hat. Jedes Handeln trägt insofern einen milieubedingten und damit auch einen historischen Index. Es ist immer von dieser Welt – auch wenn es sich durch einen ominösen Jenseitsbezug ermächtigt glaubt.

Dazu passt auch, dass Bourdieu über sein umfängliches wissenschaftliches Werk hinaus, es immer verstanden hat, seine Arbeit politisch einzusetzen. So rief er bereits 1993 zu einer „Internationalen der Intellektuellen“ auf, einem Bündnis gegen den Neoliberalismus, gegen „Ökonomismus und Flexibilisierung“. Intellektuelle, so Bourdieu, sollten sich nicht in ihren Institutionen verstecken, sondern ihre Kompetenz in die gesellschaftliche Debatte einbringen. Seine Motive legte er in einem Interview dar: „Menschenrechtsverletzungen, Fremdenfeindlichkeit, Nord-Süd-Gefälle ... die Ohnmacht der Wissenschaftler – die Liste kann fortgesetzt werden. All das erschreckt mich so, dass ich etwas tun muss, selbst wenn ich keine Illusionen habe.“

Bourdieu's Bücher erreichen mittlerweile Auflagen, von denen andere nur träumen können. Sein 1997 erschienenes *Das Elend der Welt* (frz. 1993), eine gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern erarbeitete monumentale Sozialrecherche der französischen Unterschichten, oder seine Gegenfeuer, eine fortgesetzte Sammlung von Einsprüchen und Wider-

reden aus den 90er Jahren – nicht zuletzt auch sein politisches Engagement hat den Franzosen zu einem der bekanntesten Intellektuellen Europas gemacht. Zu seiner Strategie hat er einmal gesagt: „Man muss es fertig bringen, Wissenschaft und Militanz zu versöhnen, den Intellektuellen die Rolle von Militanten der Vernunft wiederzugeben, die sie etwa im 18. Jahrhundert hatten.“ Eben das beabsichtigte Bourdieu auch mit einer kleinen Buchreihe *Raison d'agir* (Gründe zu handeln), die er gemeinsam mit Kollegen seit 1996 herausgab.

Bourdieu ist immer wieder gegen die „Geißel“ des Neoliberalismus, gegen das gesamteuropäische „Tietmeyer-Denken“ zur Felde gezogen. Wo immer französische Arbeitslose, Einwanderer oder Gewerkschafter ihren Protest artikulierten, konnten sie sich der Unterstützung des Wissenschaftlers sicher sein. Daran änderte sich auch nach dem Wahlsieg der Linkskoalition in Frankreich nichts – er blieb ein „intellektueller Volkstribun“.

Neues Deutschland 25.1.2002

„Man müsste es fertig bringen, Wissenschaft und Militanz zu versöhnen“

Französischer Sozialphilosoph Pierre Bourdieu am Mittwoch gestorben

Von Diether Dehm und Konstantin Wecker

Er hatte schon fast zugesagt, zu unserem „Fest der Menschlichkeit“ am 24. Mai nach Frankfurt (Main), das er die „europäische Kapitale des Bankkapitals“ nannte, an den Fuß des Deutsche-Bank-Turms zu kommen. Wenn er wieder aus dem Krankenhaus sei, bis dahin. Sein Referat vom 17. Juni 2000 bleibt uns noch in lebendiger Erinnerung. Diesen Turbokapitalismus nannte er damals „Tyrannei der Profitraten“ und „Höllmaschine“, die „ihre Gesetze den Staaten aufzwingt“, die Agenden und Agenten prägt, die den Parlamentarismus umzubauen trachtet, die zum reinen hochdotiert kulturellen Zerstreuungsapparat von Bedenken, Ängsten und Zorn zu werden droht und die Intellektuelle mietbar macht, das zu werden, was Brecht im „Kongreß der Weißwäsher“ der Frankfurter Schule um Adorno karikierte.

Der Aussteiger aus dem Apologetenchor der affirmativen Wissenschaftler und Philosophen hatte jenen Schreibtischtätern „Gegenfeuer“ verkündet, die für einen Spross auf der Karriereleiter Profite „arbeitsplatzschaffend“, Kriege „human“ und Globalisierung als „alternativlos“ beschreiben. Gegen diese „Quasi-Intellektuellen“ (Bourdieu), „die innerhalb des neuen Feldes der Macht eine beherrschte Fraktion bilden“, setzte er „die Welt der Gelehrten als eine Art Wirklichkeit gewordener Utopie“ sowie eine

„Vernetzung von Intellektuellen und Spezialisten, sowohl untereinander als auch mit sozialen Bewegungen, die die Höllenmaschine stoppen könnte“, wie es Sabine Kebir in Frankfurt an die Adresse Bourdieus formuliert hat.

Bourdieu, 1930 in Denguin/Basses geboren, seit 1981 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie am weltbekannten „Collège de France“, Träger der „Médaille d'or des Centre National Recherche Scientifique“, der höchsten Wissenschaftsauszeichnung Frankreichs mit Buchauslagen, von denen andere Professoren nur träumen, war das „enfant terrible“ des europäischen Universitätsbetriebs. Ein Aussteiger – auch aus dem Elfenbeinturm der rein kontemplativen Geistesgelehrten. Mit seiner „Antiglobalisierungs“-Bewegung „Raisons d'agir“ versuchte er „aus einem echten Interesse an der Uneigennützigkeit, einer Leidenschaft für die Vernunft und einer Liebe zur Wahrheit“ die Welt zu ändern. In Hörsälen und auf öffentlichen Plätzen wollte er die Wissenschaft zu einem Handeln gegen den Neoliberalismus ermutigen. Und so bleiben uns die guten Gründe zum Handeln erhalten und sein Wunsch: „Man müsste es fertig bringen, Wissenschaft und Militanz zu versöhnen, den Intellektuellen die Rolle der Militanten der Vernunft zu geben, die sie im 18. Jahrhundert hatten.“

Süddeutsche Zeitung 25.1.2002

Ernst und Elend des sozialen Lebens Theorie aus Verantwortung: Zum Tode von Pierre Bourdieu

Wolf Lepenies

Seit der Aufklärung ist es Bestimmung der Philosophie, das Staunen aufzuheben. Sinn der Soziologie ist es, nicht an den Zufall in der Gesellschaft zu glauben. So war es denn zweifellos auch kein Zufall, dass Clemens Heller anrief, um mir den Tod Pierre Bourdieus mitzuteilen. Der Österreicher Heller, der notgedrungen zum Amerikaner geworden war, hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Maison des Sciences de l'Homme zusammen mit Fernand Braudel zu einer anarchischen Institution gemacht, die sich nie in das festgesponnene Netz der Pariser Institutionen fügte. In der Maison fühlte Bourdieu sich wohl, weil er sich hier nicht gezwungen sah, seinen Status zu behaupten und sein Einflussfeld auszudehnen.

Pierre Bourdieu, der 71 Jahre alt wurde, war bis 2001 Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie am Collège de France und bis 1998 Direktor des Centre de Sociologie Européenne an der Ecole des Hautes Etudes. Er hat erreicht, was ein Sozialwissenschaftler in Frankreich erreichen kann: als Lehrstuhlinhaber am Collège de France war er zum „Ersten Soziologen

Frankreichs“ geworden. Seine intellektuelle und soziale Nervosität aber wurde durch den Erfolg nicht geringer.

Die Antrittsvorlesung am 23. April 1982 zeigte, wie sehr ihn eine hochgesteigerte Reflexivität prägte und manches Mal wohl auch quälte. Er erteilte seinen Zuhörern eine Lektion, indem er deutlich machte, dass es zu seinen professionellen Aufgaben gehörte, auch so einen Augenblick nicht zu genießen, sondern zu analysieren: „Die Soziologie ... schafft ... eine unüberwindliche, manchmal sogar – und nicht bloß für die Institution – unerträgliche Distanz.“

Die Soziologie war für Pierre Bourdieu alles andere als eine fröhliche Wissenschaft. Sie war für ihn die Disziplin vom Ernst und oft genug auch vom Elend des sozialen Lebens. Die Franzosen kennen den „homme nécessaire“. Für Bourdieu war die Soziologie eine notwendige Wissenschaft. Nur sie konnte einerseits den Zwangscharakter der sozialen Tatsachen erkennen und gleichzeitig herausfinden, wie der Einzelne – Bourdieu sprach in diesem Zusammenhang lieber vom „Agenten“ als vom „Subjekt“ – es vermochte, sich gegen diese Zwänge Freiräume des Handelns zu verschaffen.

Jede Gesellschaft wurde beispielsweise von bestimmten Heiratssystemen geprägt – aber zugleich entwickelten die Heiratswilligen Strategien, mit denen sie versuchten, die Flexibilität des Systems zu testen. In der Regel orientierten sich die Wissenschaftler, seien es Ethnologen oder Soziologen, am System oder am Subjekt. Sie blickten entweder wie Gottvater auf die objektiven und unveränderlichen Strukturen, in denen sich die Akteure wie Marionetten bewegten, oder sie nahmen den Standpunkt der Handelnden ein und sprachen ihnen Freiheitsgrade zu, die illusorisch waren.

Bourdieu betonte demgegenüber das Paradox, dass menschliches Handeln auf gesellschaftliche Zielsetzungen hin orientiert ist, ohne bewusst diesen Zielsetzungen zu folgen. Bourdieu verwies auf eine Parallele aus der generativen Grammatik Noam Chomskys: Als kompetente Sprecher sind wir in ein begrenztes Repertoire von Regeln eingebunden, können aber zugleich unendlich viele grammatikalisch korrekte Sätze formulieren.

Kunst der Unterscheidung

Aus Kernbegriffen wie „Habitus“, „Feld“ und „kulturelles Kapital“ hat Bourdieu keine Großtheorie entwickelt, sondern mit ihrer Hilfe einen Handwerkskasten gefüllt, der ihn zum begnadeten Bastler der modernen Sozialwis-



senschaften werden ließ. „Bastelei“ (bricolage) war für Claude Lévi-Strauss die Schlüsselattitüde der postmodernen Welt: es galt, nicht nach Neuem zu streben, sondern auf originelle Weise mit den Beständen zu rechnen. Ohne sich mit der dahinterstehenden Geschichtsphilosophie zu identifizieren, hat Bourdieu sich die damit verbundene Haltung zu eigen gemacht. Er hat eigene Forschungsperspektiven durch die Rekombination vorhandener Theoriestücke und Methoden entwickelt, ohne je als Nachahmer zu wirken. Er hatte weniger eine umfassende Theorie als einen durchdringenden Stil.

Dieser Stil bildet sich früh bei ihm aus und durchzieht alle Schriften – von den ersten Untersuchungen über die Kabylen, zu denen ihn sein Militärdienst in Algerien motiviert hatte, über Bestseller wie „Die feinen Unterschiede“ und die Kritik am modernen Museumsbetrieb bis zu den „Méditations pascaliennes“.

In den Titeln deutet sich Bourdieus hoher Anspruch an. „Die feinen Unterschiede“ beispielsweise wollen, in Anlehnung an und in feiner Absetzung von Kant, eine „Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“ bereitstellen. Diese Kritik aber scheut sich nicht, Distinktionen der Lebensführung bis in die auf den ersten Blick unscheinbaren Kleinigkeiten des Alltagslebens zurückzuverfolgen: wer zu Hause beruhigend und diskret über einen beigefarbenen Teppichboden gleitet, wird andere Filme besuchen als der, der sich tagtäglich dem Kontakt mit grellfarbenem Linoleum aussetzen muss.

Bourdies beeindruckendste Publikation ist vielleicht das Buch, in dem er selbst am wenigsten sagt: „La Misère du Monde“ („Das Elend der Welt“), ein Sammelband, in dem die Betroffenen sprechen. Der Titel erinnert an „Les Misérables“, und die Fakten, die sich aus dieser Enzyklopädie des alltäglichen Leidens in unserer Gesellschaft herauschälen, erzeugen in ihrer zahlengestützten Nüchternheit die gleiche Wucht und Wut wie im 19. Jahrhunderts das Pathos eines Vic-

tor Hugo. Bourdieus zorniges Engagement für die französischen Arbeiter und sein Kampf gegen die weltweit verheerenden Wirkungen des neoliberalen Marktfundamentalismus könnten auch auf die Erfahrungen zurückgehen, die er mit „La Misère du Monde“ gemacht hat.

Das Buch ist das Werk einer Equipe: Pierre Bourdieu hat zeitlebens versucht, die Intellektuellen zum Gruppenhandeln zu motivieren und ihnen damit eine stärkere Wirksamkeit zu verleihen. Er hat dies auf zurückhaltende Weise

mit der Zeitschrift *Liber* getan, die ein europäisches Pendant zur *New York Review of Books* werden sollte. Er hat ohne jede Zurückhaltung seine ganze intellektuelle Aggressivität darauf verwandt, sich gegen die Staatsaristokratie in seinem eigenen Land und gegen das globale Diktat der Wirtschaft und des Finanzkapitals zu wenden. Er mag sich damit in der Tradition der aus der Intellektuellenschicht stammenden Volkstribunen gesehen haben, an denen die französische Geschichte so reich ist. Bourdieu ähnelte ihnen auch darin, dass er wirkungslos blieb. Im Gedächtnis bleiben wird er als ein Soziologe, der unsere Gesellschaft mit schmerzhafter Genauigkeit durchschaute.

„Aber die Zeiten sind nicht witzig!“

Redaktion Sozialismus/VSA-Verlag, Hamburg

Pierre Bourdieu erklärt am 4. Dezember auf einer großen Versammlung von streikenden Eisenbahnern auf dem Gare de Lyon in Paris: „Ich bin hier, um jene zu unterstützen, die seit drei Wochen gegen die Zerstörung einer Zivilisation kämpfen.“ Ja, der Sozialwissenschaftler und europäische Intellektuelle hat keinerlei Skrupel, den westeuropäischen Sozialstaat als eine zivilisatorische, kulturelle Errungenschaft zu definieren, die gegen die neoliberale Restauration verteidigt werden muss. Der Plan Juppé zur Sanierung der Alterssicherung ist Ausdruck derselben konservativen Restauration wie das Modell Tietmeyer. Der Bundesbankpräsident präsentiert sich eben nicht nur in der deutschen Republik als „Hohepriester der D-Mark“, sondern sein Denken ist zugleich die neoliberale Bauzeichnung für die soziale Ordnung Europas. Selbstverständlich geht es nicht

darum, den Repräsentanten der neoliberalen Konterrevolution ihre persönliche Integrität zu bestreiten. Bourdieu ist sich sicher, „dass sie alle romantische Musik und expressionistische Malerei mögen, und ohne dass ich irgendetwas über den Präsidenten der Bundesbank wüsste, bin ich überzeugt, dass er wie der Direktor unserer Nationalbank, Herr Trichet, in seinen freien Stunden Gedichte liest und sich als Mäzen betätigt.“ Aber diese hochgeistigen Denker und Mäzene sind eben auch davon überzeugt, dass die sozialen Interessen der Investoren und Aktionäre nicht überleben, wenn man das bisherige Maß sozialer Sicherheit fortschreibt. Wenn Bourdieu Tietmeyer zitiert – „Deshalb müssen die öffentlichen Haushalte unter Kontrolle gehalten werden und das Steuer- und Abgabenniveau auf ein langfristig erträgliches Niveau gesenkt, das soziale Sicherungssystem reformiert und die Starrheiten des Arbeitsmarktes abgebaut werden. Wir werden nur dann wieder eine neue Wachstumsphase erleben, wenn wir – dieses ‚wir‘ ist herrlich –, wenn wir auf dem Arbeitsmarkt eine Flexibilisierung vollbringen“ – dann steht diese Rhetorik für den Großteil des politischen Spektrums. Tietmeyer ist der Prototyp für eine euphemistische Rhetorik, die heute auf den Finanzmärkten hoch im Kurs steht. Dieser Euphemismus ist das A und O des gegenwärtigen kapitalistischen Systems – nötig, um zu vermeiden, dass sich bei den Arbeitern und ArbeiterInnen Misstrauen und Verzweiflung breit machen. Bourdieu fordert zum Widerstand, zur Rebellion gegen diese Logik heraus und unterstützt die Widerstandsaktionen.

Selbstverständlich ist die Aufklärung das Metier der Intellektuellen. Sie müssen das Gefühl analysieren und artikulieren, „dass uns die Tradition der Aufklärung abhanden kommt. Diese Enteignung und Zerstörung hängt mit einer Umkehrung der gesamten Weltsicht zusammen, die durch die heute vorherrschende neoliberale Sicht der Dinge durchgesetzt wurde. Bei der neoliberalen Revolution hier in Deutschland kann ich diesen Vergleich bemühen, handelt es sich doch um eine zutiefst konservative Revolution – in dem Sinne, wie man in Deutschland der dreißiger Jahre von einer konservativen Revolution sprach. Eine solche Revolution ist eine höchst seltsame Angelegenheit: Sie setzt die Vergangenheit wieder in ihre Rechte und gibt sich dabei als fortschrittlich aus, so dass diejenigen, die die Rückkehr zu den alten Zuständen bekämpfen, selbst in den Ruch kommen, von gestern zu sein. Das begegnet uns häufig, wir werden ein ums andere Mal als ewig Gestrige behandelt. Man sagt uns, wir hätten keinen Witz. Aber die Zeiten sind nicht witzig! Es gibt nichts, über das man lachen könnte.“ Die Zeiten sind nicht witzig und doch gilt es, sich den Humor zu bewahren und nicht zu verbittern.

Pierre Bourdieu, unser energischer

Mitstreiter gegen die Zerstörung von Vernunft und Aufklärung, der unermüdliche Vorkämpfer für die Herausbildung des „kollektiven Intellektuellen“ ist tot. Pierre Bourdieu wurde am 1. August 1930 in Denguin, einem kleinen Ort in den französischen Pyrenäen nahe der spanischen Grenze, geboren, wo er auch den größten Teil seiner frühen Jugend verbrachte. Nach seinem Studium an der Sorbonne und an der École Normale Supérieure arbeitete er kurze Zeit als Lehrer. Danach folgte eine Forschungsprofessur in Algier (1958–1960) sowie eine Professur an der Sorbonne (1960–1961). Zu Beginn der 60er Jahre kam Bourdieu an die École des Hautes Études en Sciences Sociales, wo er zunächst als Assistent am Centre de Sociologie Européenne tätig war. 1964 wurde er dort zum Direktor ernannt. 1982 wurde Bourdieu auf den Lehrstuhl für Soziologie am Collège de France berufen.

Bourdieu verarbeitete seine algerischen Erfahrungen in einem Buch mit der Idee, die Realität dieses Landes und die tragische Situation bekannt und begreifbar zu machen, in der die AlgerierInnen steckten – aber nicht nur sie, sondern auch die Algerier-Franzosen, deren Lage nicht minder dramatisch aussah, was immer über deren Rassismus etc. zu sagen war. „Ich war betroffen über die Kluft zwischen den Vorstellungen der französischen Intellektuellen von diesem Krieg, davon, wie er zu beenden sei, und meinen eigenen Eindrücken, dem, was ich mit eigenen Augen sah: die Armee, die erbitterten *pieds noirs*, dann alles weitere, Militärputsche, Auflehnung der Kolonisten, der unvermeidliche Rekurs auf De Gaulle usw. Natürlich war ich für die Aktionen einiger Intellektueller – ich denke an Sartre, Jeanson, Vidal-Naquet – gegen Folter und für den Frieden, wollte auf meine Art dazu beitragen. Dagegen beunruhigte mich der häufig damit einhergehende Utopismus; meiner Meinung nach war es selbst für ein unabhängiges Algerien nicht erstrebenswert, eine mythische Sicht der algerischen Gesellschaft zu nähren.“ Diese zwiespältige Sicht, was die Welt der Intellektuellen betrifft, hat er sein ganzes weiteres Leben behalten. Rückblickend schreibt er im November: „Ich habe mit der Soziologie begonnen, als ich zum Wehrdienst in Algerien einberufen wurde, aus Gründen, die man politisch nennen könnte. Ich wollte versuchen, den Franzosen die Mittel bereitzustellen, um sich eine realistische Vorstellung von der dortigen Situation zu machen. Damals habe ich erkannt, dass die Dinge, die im Bereich der Politik diskutiert werden, nicht einfach nur Gegenstand persönlicher Stellungnahmen sein dürfen. Die Aufgabe besteht nicht einfach darin, Meinungen zu äußern, seien sie auch edel und progressiv, sondern darin, ein möglichst authentisches Bild der Realität zu liefern – und damit auch *raisons d’agir*, Gründe zum Handeln. Ich habe also mit einer wissenschaftlichen Arbeit begonnen, die kein

Selbstzweck ist, sondern die ein politisches Vakuum füllen soll, oder besser gesagt, ein Vakuum der politischen Pädagogik. Dies ist aber etwas vollkommen anderes als ein vorgefertigtes politisches Programm mit wissenschaftlichen Legitimationen auszustatten.“

Bourdieu's Hauptaufmerksamkeit war auf die empirische Untersuchung der wichtigsten gesellschaftlichen Felder (Räume) und auf die Entwicklung einer Theorie des Feldes gerichtet. Er legte Untersuchungen zum sozialen, literarischen, philosophischen, juristischen und politischen Feld vor. Bestandteil dieses theoretischen Ansatzes ist die Überwindung der theoretischen Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft. Der Begriff des *Habitus* ist inkorporiertes und folglich individualisiertes Soziales. Die Kenntnis von der Wechselbeziehung von *Habitus* und Feld eröffnet die Möglichkeit, die symbolischen Formen zu erfassen und damit die gesellschaftliche Kommunikation zu dechiffrieren und zu beeinflussen. Die Studien über Sozialstruktur, Klassen, Alltagsverhalten und Bewusstseinsformen sollen die sozialen Mechanismen bewusst machen. Es können neue Aktionsformen entworfen werden, die einer neuartigen, durch die Fortschritte der Sozialwissenschaften möglich gemachten intellektuellen Arbeit zu voller Wirksamkeit verhelfen.

Die Zeit der Intellektuellen als Propheten und Träger von utopischen Vorstellungen ist vorbei. Pierre Bourdieu forderte und arbeitete seit langem an der Etablierung eines „kollektiven Intellektuellen“: einer Organisation, die Spezialisten zusammenbringt, Ökonomen, Soziologen, Ethnologen und Historiker, die dazu entschlossen sind, ihre Kompetenzen vereint zur Verfügung zu stellen, um den BürgerInnen sämtliche verfügbaren wissenschaftlichen Instrumente bereitzustellen, um die Probleme der Aktualität – sei es in Afghanistan, Israel oder im Irak – in ihrer Komplexität zu begreifen. *Raison d’agir* steht wie das Projekt der europäischen Generalstände für das Bemühen, Aufklärung durch einen kollektiven Intellektuellen zu institutionalisieren und für eine Erneuerung der sozialen Bewegungen inklusive der Gewerkschaften einzutreten. Es geht letztlich um ein europaweites Projekt einer Linken der politischen Linken, die aber ihre miserable marxistisch-leninistische Theorietradition, ihr Halbwissen über gesellschaftliche Zustände und ihren Utopismus abschüttelt.

Wir wissen, dass wir mit Pierre Bourdieu einen nicht zu ersetzenden Mitstreiter in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Restauration, der Zerstörung der Vernunft und der Erneuerung der sozialen Bewegung verloren haben.

Wir sind uns aber auch sicher, dass wir in der Fortführung auch seiner Anliegen einen Beitrag leisten können, seine Anstöße und Leidenschaft in guter Erinnerung zu behalten.

Der Mythos vom guten Krieg

Der belgische Politologe Jacques Pauwels zweifelt die gängige Sicht der Rolle der USA im 2. Weltkrieg an: „In diesem Buch wird der Zweite Weltkrieg nicht auf konventionelle Art und Weise als Kreuzzug der USA gegen Faschismus und Militarismus, als ihr ‚guter Krieg‘ präsentiert, sondern als Konflikt, in dem es um Geschäfte, Gewinne und Geld ging.“

Hitler-Deutschland stieß in den USA nicht von vornherein auf Ablehnung. Die „Große Depression“ der 30er Jahre ließ nicht wenigen Wirtschaftsbossen und Politikern der USA die Politik der NSDAP als Alternative erscheinen. Sie „sahen in Hitler ... einen Politiker mit klarem Blick, welcher sich traute, die ‚Wahrheit‘ zu sagen, und einen Führer, der nicht vor den harten Maßnahmen zurückschrak, die die Situation erforderte“. Insbesondere die Ausschaltung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

Blitzsiegen ... nur träumen können“, überzogen. Ähnlich klingt die Einschätzung amerikanischer Öllieferungen: „Die deutschen Panzer wären ohne das Benzin, das US-Erdöltrusts lieferten, niemals bis in die Vororte Moskaus gekommen.“

Wenn aber in den herrschenden Kreisen der USA Sympathien für das „3. Reich“ vorhanden und die Geschäfte mit Nazi-Deutschland ausgesprochen lukrativ waren, warum unterstützten die USA schließlich dennoch die Gegner Deutschlands und traten an ihrer Seite in den Krieg ein? „Dass sich Washington schließlich doch am Krieg gegen Hitler-Deutschland ... beteiligte, lag darin begründet, dass sich die Unterstützung von Deutschlands Feind, Großbritannien, als noch gewinnbringender erwies.“

Pauwels diskutiert weitere Aspekte: Deutschland war nicht nur Handelspartner, sondern auch Konkurrent (erwähnt wird eine deutsche Handelsoffensive in Südamerika), die Planung einer deutschen „geschlossenen Großraumwirtschaft“ ließ Befürchtungen wachsen, in einem künftig deutsch beherrschten Kern Europa ausgegrenzt zu werden. Hier wird ein Manko des Buchs deutlich: Pauwels gewichtet die Vielzahl der Faktoren rein ökonomisch. Dass sich mit Großbritannien aus verschiedenen Gründen besser Handel treiben ließ als mit dem Deutschen Reich, mag in US-Konzernnetzen und -Regierungskreisen erwogen worden sein. Wesentlicher aber noch war der deutsche Versuch der Errichtung eines Reiches, das fast ganz Europa umfasst und nicht nur den ökonomischen Ausschluss der USA aus diesem Teil der Welt bedeutet hätte. Es wäre eine hoch aggressive und starke Macht entstanden, die keinerlei Gewähr dafür geboten hätte, sich auf Europa zu beschränken. So betrachtet, war der deutsche Faschismus eine existenzielle Bedrohung für die USA.

Die Unterstützung durch die USA ermöglichte Großbritannien erst das Durchhalten. Finanziert durch ein Kreditsystem, das nach dem Krieg zur ökonomischen Abhängigkeit Großbritanniens von den USA führen sollte, verzehnfachten die USA ihren Export auf die Insel von 500 Mio. \$ (1939) auf über 5 Mrd. \$ (1944). Die USA gingen als einzige intakte Wirtschaftsmacht aus dem Krieg hervor. Aber sie waren nicht die einzige Weltmacht: Die UdSSR und ihre Staatenweit wurden nach dem Kriegsende schnell zum neuen Feind im „Kampf der Systeme“. In dieser Auseinandersetzung fand auch der westliche Teil Deutschlands seinen Platz. Den USA gelang es, in „ihrem“ Teil der Welt sämtliche Nationalökonomien der US-

Industrie zu öffnen. Dies wurde, neben der durch den Krieg entstandenen hohen Verschuldung Großbritanniens, durch den Marshallplan erwirkt, der zur Bedingung für Hilfsleistungen die Akzeptanz des Paradigmas der „open door“-Ökonomie war.

Ausführlich diskutiert Pauwels die Frage, warum die „2. Front“ in Europa, die Stalin so dringend brauchte, erst 1944 mit der Landung in der Normandie eröffnet wurde. Die offizielle Begründung des Jahres 1942, man habe noch nicht ausreichend Kräfte für ein Landungsunternehmen vor Ort, hält Pauwels für einen Vorwand, in Wirklichkeit wollte man die Sowjetunion weiterhin die Hauptlast des Krieges tragen lassen, um selbst weniger Verluste zu erleiden, aber auch, um damit die UdSSR zu schwächen, weil man schon für die Nachkriegszeit plante und klar war, wie die Fronten dann (wieder) verlaufen würden.

Ohne dieses wesentliche Motiv anzweifeln zu wollen, ist es doch erforderlich, die Argumente für die Zurückhaltung zumindest zu erwägen, denn völlig lassen sie sich nicht von der Hand weisen. Die westlichen Alliierten entschieden sich für Operationen in Nordafrika, um von dort aus sowohl Italien bedrohen als auch antideutsche Aufstandsbewegungen in Südosteuropa unterstützen zu können. Für das Nachgeben der USA in dieser Frage gab es durchaus militärische Gründe neben der schlichten Weigerung der Briten, solch ein Unternehmen anzugehen: Es bestanden außerordentliche logistische und militärische Schwierigkeiten für eine Landung; auch die schließlich erfolgte Invasion ab dem 6. Juni 1944 stand zeitweilig auf der Kippe, obwohl Deutschland schon erheblich geschwächt war. Gelingen konnte sie v.a. wegen Treibstoffmangels bei der Wehrmacht und der Lufthoheit der Alliierten, wodurch Deutschland nicht ausreichend Truppen zur Sprengung der Brückenköpfe nachführen konnte – beides Bedingungen, die Mitte 1942 noch nicht gegeben waren. In Rechnung zu stellen ist außerdem, dass die US-Kriegsproduktion erst Ende 1942 auf Hochtouren lief.

Das Beispiel zeigt eine Problematik dieses Buches auf: Der US-Politik eine schlechte Motivation zu unterstellen, wofür es zumeist gute Gründe gibt, hat bei Pauwels schon obsessive Züge, wodurch die sachliche, faktengenaue Diskussion dieser Politik hinter des Autors Abneigung gegen die USA verschwindet. Dazu kommen einige Merkwürdigkeiten, wie die durchgängige Verwendung des Wortes „Yankees“ und die zustimmende Zitierung A.J.P. Taylors, einem der frühen Geschichtsrevisionisten, die dazu beitragen, dass das Buch den Leser mit gemischten Gefühlen zurücklässt. (F)

Jacques Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der 2. Weltkrieg, Papy-Rossa, Köln 2001, 302 S., 16,50 Euro



kam bei US-Industriellen gut an. Lange Zeit machten US-Unternehmen profitable Geschäfte mit dem „Dritten Reich“. Für einige – wie General Motors, ITT und IBM – gingen diese Geschäfte auch im Krieg und sogar nach dem Kriegseintritt der USA weiter. Ihre Lieferungen spielten in der deutschen Rüstungsproduktion eine wichtige Rolle. Dennoch scheint Pauwels' Wertung, ohne die Güter der genannten und weiterer Firmen „hätte der Führer von Blitzkriegen, und somit von

Ein Buch von Noam Chomsky über „War Against People“

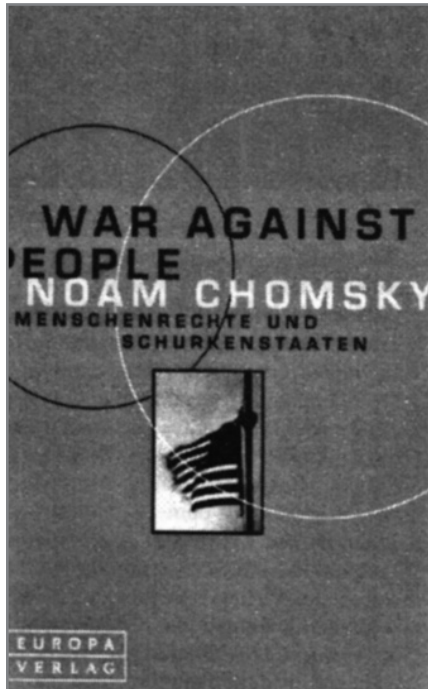
Menschenrechte und Schurkenstaaten

Dieses Buch wurde vor dem 11. September geschrieben. Schon deshalb läuft der Autor nicht Gefahr, mit den Schreibern verwechselt zu werden, die in kürzester Zeit nach diesem Datum ihre Ergüsse zum Verramschen auf die Wühltische in den Büchermarkt warfen. Der zweite und bedeutsamere Vorteil dieser „Vorzeitigkeit“ besteht darin, dass aus der zeitlichen Perspektive vor dem Ereignis der Krieg gegen Afghanistan seine historische Singularität als ein vermeintlicher Krieg gegen Taliban und Bin Laden verliert und er wieder in die historische Kontinuität gerückt wird, in die er gehört. Eine Kontinuität, die nach 1945 von Korea und Kuba, über Vietnam nach Libyen, nach Nikaragua und in den Irak führt. Die genannten Beispiele sind aus der Erinnerung sofort abrufbar. Die Kontinuität von der hier die Rede ist, umfasst aber in 56 Jahren 109 Kriege und Militäroperationen in 37 Ländern und Regionen.*

Stellvertreterkriege und Geheimdienstoperationen sind dabei nicht mitgezählt.

Bei aller Kontinuität des staatlichen Terrors und sich wiederholender Szenarien, eine Diskontinuität hat die Politik der Herrschenden in Washington D.C. erreicht. Auf dem Höhepunkt des US-amerikanischen Krieges gegen Vietnam gab es eine starke Friedensbewegung und es gab kritische liberale bis linke Intellektuelle in den USA. Beides ist kaum noch wahrnehmbar und der Rest wird durch CNN und den medialen Mainstream übertönt.

Einer der Hörbargeliebten ist der Autor des besprochenen Buches, der politische Aktivist Noam Chomsky, Jahrgang 1928 und von Beruf Sprachwissenschaftler. Er ist seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist Träger von zehn Ehrendoktorwürden und etlicher anderer hoher Auszeichnungen und Preise, Mitglied der American Academy of Art and Sciences und der National Academy of Science und Autor mehrerer international weit verbreiteter Bücher über Linguistik, Philosophie und Politik. Zuletzt erschien



auf deutsch „Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung“, eine alarmierende und vernichtende Kritik an der „Logik des freien Markts“.

Kapitel I seines Buches ist mit einer Frage überschrieben: „Eine Galerie der Schurken – Wer gehört dazu?“. Chomsky beginnt mit einer Definition: „Wie viele andere Begriffe des politischen Diskurses wird der Terminus ‚Schurkenstaat‘ auf zweierlei Weise verwendet: zum einen propagandistisch, um ausgewählte Feinde zu kennzeichnen, zum anderen wörtlich, um damit Staaten zu beschreiben, die sich selbst an internationale Regeln und Abmachungen nicht gebunden fühlen. Die Logik lässt erwarten, dass die mächtigsten Staaten unter die zweite Kategorie fallen, sofern ihnen nicht innenpolitische Beschränkungen auferlegt werden. Diese Erwartung wird von der Geschichte bestätigt.“ (S. 7)

Im Kapitel II geht Chomsky weiter auf die differenzierte Verwendung des Begriffs ein. So gilt Kuba in der Sprachregelung wegen angeblicher Verstrickung in den internationalen Terrorismus sogar als führender „Schurkenstaat“, während die USA trotz ihrer seit fast vierzig Jahren durchgeführten Terrorangriffe gegen Kuba selbstverständlich nicht unter diese Kategorie fallen. Kuba galt als ein „Schurkenstaat“, als seine Militärkräfte

in Angola die Regierung gegen südafrikanische Angriffe verteidigte, die ihrerseits von den USA unterstützt wurden. Südafrika wiederum galt damals und auch während der Ära Reagan nicht als Schur-

kenstaat, obwohl seine militärischen Aktionen einer UN-Kommission zufolge in den Nachbarstaaten eineinhalb Millionen Todesopfer forderten und Schäden in Höhe von sechzig Milliarden US-Dollar verursachten, ganz zu schweigen von den Verwüstungen im eigenen Land. All das wurde von den USA und Großbritannien bereitwillig unterstützt. Die Kriterien sind danach ziemlich eindeutig: Ein „Schurkenstaat“ ist nicht einfach ein Verbrecherstaat, sondern einer, der die Regeln der Mächtigen missachtet – und diese genießen natürlich einen Sonderstatus.

Immer wieder kommt er auf Kuba zu sprechen. So im Kapitel III „Kuba und die US-Regierung: David gegen Goliath“. Sein Fazit: „Es „bleibt das kubanische Problem, was es von jeher war. ‚Castros Idee, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen‘, ist weiterhin bedrohlich, weil sie die Armen und Unterprivilegierten dazu ermuntert, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu fordern. Dass sie dazu kein Recht haben, lässt sich offensichtlich nicht in ihre Köpfe hämmern. Und leider lebt Kuba ihnen diese Möglichkeit vor, indem die Regierung, trotz der bedrückenden Lage im Land, mehr Ärzte in viele notleidende Länder der Erde schickt als jeder andere Staat, und zudem ein Gesundheitssystem aufrechterhält, das die Vereinigten Staaten beschämen muss. Diese Gründe und der lange in die Geschichte zurückreichende Fanatismus haben dazu geführt, dass die US-Regierung ihre hysterischen Angriffe immer noch fortsetzt und auch fortsetzen wird, solange ihr niemand Einhalt gebietet.“ (S. 70)

In den folgenden Kapiteln wechselt er von Politik und Ideologie zur Ökonomie. Bei aller detaillierten Erörterung, Chomsky bleibt auch hier bei seiner, das Buch wie einen roten Faden durchziehenden These. Schurkenstaaten sind die USA und ihre Verbündeten. Menschenrechte dagegen sind deren Vorwand, Gegenspieler und Opfer zugleich.

Chomsky ist aber nicht nur Analytiker. Er versteht sich selbst als politisches Subjekt. Als solches braucht er Hoffnung und damit gibt er sie auch anderen.

„Die sozialökonomische Ordnung, die jetzt von oben verfügt wird, ist das Ergebnis der Entscheidungen von Menschen, die in von Menschen erschaffenen Institutionen wirken. Die Entscheidungen können widerrufen, die Institutionen verändert werden. Sollte es sich notwendig erweisen, können sie zerschlagen und ersetzt werden. Das haben aufrechte und mutige Menschen im Lauf der Geschichte immer wieder vollbracht.“ (S. 150)

(gg, Elmschner Gegensätze)

Noam Chomsky: War Against People. Menschenrechte und Schurkenstaaten. Taschenbuch – 159 Seiten – Europa Verlag München, 2001. ISBN: 3-203-76011-8. DM 24,49

* Recherchebasis FAS, Washington, nach: „Freitag“, Nr. 43/2001



B-52-Langstrecken Bomber der US-Luftwaffe

23. Januar bis 15. März: Zukunftsdiskurse: Fünf Workshops. Die in den Gewerkschaften zur Zeit geführten Zukunftsdiskurse, die in der Zukunftsdebatte der IG Metall ein besonderes Forum gefunden haben, wollen Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall mit Unterstützung der ISA Consult in einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen. In fünf Workshops werden zentrale Ergebnisse der Zukunftsstudien in zugespitzter Form zur Diskussion gestellt:

Workshop 2: Der globalen Wirtschaft einen Rahmen setzen, 1.2., Berlin, Hotel InterCity, Am Ostbahnhof 5: u.a. mit Frank Gerlach, Christoph Scherrer, Hans-Wolfgang Platzer, Ortrun Gauer, Ulrich Schöler • *Workshop 3:* Solidarität organisieren – Ausgrenzung verhindern – Sozialstaat erneuern, 8.2., Magdeburg, Hotel InterCity, Bahnhofstr. 69: u.a. mit Peter Senft, Erika Mezger, Jan Priewe, Alex Demirovic • *Workshop 4:* Arbeit und Leben – neue Arrangements für lebensweltliche Perspektiven, 21.2., Stuttgart, Hotel Steigenberger Graf Zeppelin, Arnulf-Klett Platz 7; u.a. mit Eckhard Hildebrandt, Andrea Maihofer, Stefanie Wahl, Katarina Spieß, Reinhard Bispinck • *Workshop 5:* Reformfähige Gewerkschaft, 15.3., Bochum, Hotel Holiday Inn, Massenbergr. 19-21; u.a. mit Klaus Lang, Heide Pfarr, Wolfgang Pohl, Michael Fichter, Ulrich Zachert, Sigrüd Koch-Baumgarten.

31. Januar bis 5. Februar, Porto Alegre: Weltsozialforuminternationales globalisierungskritisches Treffen von Delegierten aus NGO's, Netzwerken, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Infos unter: www.forumsocialmundial.org

1./2. Februar, München: Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ruft zu *Protestaktionen gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München* auf: Kundgebung am 1.2., 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus. 2.2., 12.00 Uhr: Demonstration zum Tagungsort, ab Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik. Kontakt: Bündnis gegen NATO-Sicherheitskonferenz, Tel. (089) 16 95 19, Fax (089) 1 68 94 15, E-Mail: smash_racism@hotmail.com

8. Februar, Berlin: *Deutsch-Tschechischer Workshop zur Arbeitsmarktpolitik vor dem Hintergrund des EU-Beitritts der Tschechischen Republik.* Mit: André Brie (MdEP), Miloslav Ransdorf, Stellv. Vorsitzender der KSCM, und weiteren Referentinnen und Referenten. 9-18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Franz-Mehring-Platz 1. Anmeldungen und Anfragen bitte bis 30. Januar an: pfeiffer@rosaluxemburgstiftung.de

9./10. Februar, Hamburg: Konferenz „30 Jahre Berufsverbote mahnen: Kein neuer Grundrechtsabbau! Wehrt euch gemeinsam!“ Veranstalter: Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ und GEW LV Hamburg. Kontakt: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel/Fax: (0 40) 6 01 52 12, eMail: horst.bethge@t-online.de

16. Februar, Herne: *Wirtschaftsdemokratie als alternative Wirtschaftspolitik.* 10.00-16.00 Uhr Seminar in Herne, Begegnungsstätte FALKEN-Haltestelle, 44628 Herne Horsthausen, Gneisenastr. 16. Eine Veranstaltung mit Ulla Plener (Utopie kreativ, Berlin), Jürgen Klute (Sozialpfarrer, Herne) und Ulla Lötzer (MdB-PDS, Köln). Veranstalter: LINKS TRIFFT SICH, Herne in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. e-mail: BChrist315@aol.com.

23./23. Februar, Magdeburg. *Die Linke und die Macht.* Gestaltungsmacht – Gestaltungsspielraum linker Politik. Gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Bildungsverein Elbe-Saale Sachsen-Anhalt und der PDS-Bundestagsfraktion.

23. Februar, Rendsburg: „Europa als militärische Weltmacht?“ Friedensforum der PDS Schleswig-Holstein. Mit Referaten von

Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP) und Prof. Norman Paech (Völkerrechtler, Professor an der Universität Hamburg). Kulturzentrum Rendsburg, Arsenalstrasse 2-10, 14-18 Uhr,

23. Februar, Hannover: *Armut und Reichtum in der Bundesrepublik*, 10.-18.00 Uhr, Universität Hannover, Leibnizhaus, Holzmarkt 4, Tagung der Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen zur Diskussion und Veröffentlichung des Memorandums über Armut und Reichtum in der Bundesrepublik. Informationen (insbes. Memorandumstext)/Anmeldung: Gregor Krididis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover, Tel. 0511/2133062, loccumer.initiative@gmx.de, www.gfp-lin-kloc.de

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

6. März, Brüssel: *Forum Soziales Europa.* Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Konferenz des Forum Soziales Europa über Europäische Betriebsräte (EU-Richtlinien, Zusammenhang mit der Rolle der Gewerkschaften in Europa), u.a. mit Horst Schmitthenner, Heinz Bierbaum, Francis Wurtz, Fulvio Perini), Anmeldung (spätestens 28.1.): kdrager@europarl.eu.int, Fax: 0032/2/2841758.

16./17. März, Rostock: Parteitag der PDS

30. März – 1. April, bundesweit: Ostermärsche

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen

25.-28. Juli: Linke Sommerschule, Termin bitte vormerken

Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Jahrestagung am 16./17. März 2002

DGB-Jugend-Bildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69, 36037
Beginn: Samstag 10.45 Uhr, Ende Sonntag 12.00 Uhr

Tagesordnung:

Samstag

1. *Prospekt für neue Untersuchungen. Alternative Politik und Systemkritik. Strukturierung der öffentlichen Meinung und politische Strategien.* Allgemeine Aussprache und einleitende Thesen.
2. Arbeitsgruppen
 - a) *Wirtschaftsstrategien in der Programmatik der Parteien*
 - b) *Ansätze in der politischen Bildungsarbeit*
3. Finanzen
4. Wahl des Präsidiums, Arbeitsausschuss etc.

Sonntag, 9.00 Uhr

EU-Osterweiterung: Wirtschaftliche Lage der Beitrittskandidaten und Positionen der Linksparteien. Gastvortrag und Diskussion